

Wortlautprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 20. Oktober 2014

Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Duri Campell
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Caviezel (Davos Clavadel), Pult, Stiffler (Davos Platz), Valär
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache

Standespräsident Campell: Freiwilligenarbeit. „Wir Menschen sind widersprüchliche Wesen. Wir sind aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus Egozentriker, Egoisten. Aber wir sind gleichzeitig auch soziale Wesen. Keiner kann für sich alleine leben.“ Diese Aussage von Willi Ritschard hat mich sehr angesprochen. Und weil Menschen eben auch soziale Wesen sind, beteiligt sich in der Schweiz rund ein Viertel der Wohnbevölkerung an institutionalisierten Freiwilligenarbeitseinsätzen. Sie leisten also freiwillig und ohne Bezahlung einen Beitrag für die Gesellschaft. Diese Freiwilligenarbeit wird von Vereinen, wohltätigen, politischen oder öffentlichen Institutionen organisiert, z.B. in Bereichen wie Gesundheit, Kultur oder Sport.

Was beim Lesen der Statistiken zur Freiwilligenarbeit etwas verwirrt, ist, dass da teils ganz unterschiedliche Aktivitäten aufgezählt werden. Neben den unbezahlten produktiven Leistungen findet man auch Angaben zum Ehrenamt in Vereinen oder alle Formen von Spenden. Von daher ist es wichtig, den Begriff Freiwilligenarbeit klarer einzugrenzen. Ein Bereich ist die formelle freiwillige Tätigkeit. Dazu gehört die ausführende Basisarbeit im betreuenden, erzieherischen, pflegerischen, kreativen oder organisatorischen Bereich, die im Auftrag oder in Eigeninitiative geleistet wird. Zu diesem Bereich gehört weiter auch das Ehrenamt. Also all die Führungs- und Repräsentationsfunktionen, in die jemand für eine bestimmte Zeit gewählt oder berufen wird. Ein zweiter Bereich ist das informelle freiwillige Engagement. Zum Beispiel all die Hilfeleistungen für Freunde und Bekannte ausserhalb des eigenen Haushalts.

Je nach Statistik werden in der Schweiz 700 bis 750 Millionen Stunden pro Jahr in die Freiwilligenarbeit investiert und daraus wird ein Geldwert von 25 bis 30 Milliarden Franken abgeleitet. Nebenbei gesagt: Die Hilfeleistungen im eigenen Haushalt sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Tatsache ist, dass aus der Freiwilligenarbeit viele Institutionen entstanden sind, die heute kaum mehr wegzudenken sind. Zum Beispiel: Die Spitex

ist als Werk von Personen entstanden, die sich weitsichtig um die Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen kümmern wollten. Dabei hat vor allem die Kirche eine ganz wichtige Rolle gespielt. Und heute ist daraus sogar ein kommerzieller Markt geworden. Auch im Bereich der kantonalen Verwaltung gibt es einige Dienstleistungsangebote, die aus der Freiwilligenarbeit heraus entstanden sind, z.B. Museen, Bibliotheken, Waldökologie, Sozialberatung, Berufsberatung und weitere. Ebenso können keine Veranstaltungen oder Feste stattfinden, wenn sich nicht zahlreiche Menschen freiwillig dafür einsetzen. Das habe ich selber bei der Feier als Standespräsident sehr eindrücklich erlebt. Und auch das Weltcup-Finale in der Lenzerheide oder eine Ski-WM in St. Moritz könnte nie ohne Freiwillige durchgeführt werden. Für mich steht ausser Frage, dass es Freiwilligenarbeit und freiwilliges Engagement braucht. Unsere Gesellschaft hätte in vielen Bereichen Probleme, wenn es nicht Leute geben würde, die bereit sind, unentgeltlich Einsätze zu leisten. Und das ist keineswegs selbstverständlich, weil Arbeit ja häufig als ein Müssen oder notwendiges Übel für den Lebensunterhalt verstanden wird. Oder wer von uns hat seinen Kindern nicht schon gesagt: „Ich muss zur Arbeit“ oder „Stör mich nicht, ich muss arbeiten“? Wenn sich das also jemand freiwillig antut, dann muss doch mehr dahinter stecken, nämlich das Erleben von einem Sinn.

Bei aller Freiwilligkeit gibt es aber durchaus Parallelen zur Lohnarbeit. Auch die Freiwilligenarbeit ist nicht immer selbstlos. Man kann damit auch Anerkennung erhalten, ein soziales Netzwerk pflegen oder persönliche Ziele verfolgen – und das ist legitim. Weiter steht die Freiwilligenarbeit oft am Anfang einer Karriere. So wurde aus einem Vorstandsmitglied des FC Xamax-Neuenburg der mächtigste Mann der FIFA. Oder aus einer Konsumentenschützerin eine Bundesrätin. Und genau so gibt es eine Verwandtschaft mit der politischen Tätigkeit: Die Freiwilligenarbeit kann auch frustrieren, wenn man seine Ziele nicht erreicht. Das haben z.B. all die erlebt, welche sich für ein Umwelthanliegen oder die Olympia-Kandidatur eingesetzt haben. Freiwilligenarbeit löst oft auch vielfältige Begehren aus und man versucht

dann die Verantwortung an andere zu delegieren, z.B. wenn der Kampf für ein Theater ein politisches Theater auslöst. Ich denke da an die letzte Session. Und Leute, die sich freiwillig für ein Anliegen engagieren, können auch Druck und Bewegungen auslösen. Das haben wir Männer ja beim Frauenstimmrecht nachhaltig erlebt oder erleben müssen. Insgesamt leistet die Freiwilligenarbeit somit einen wertvollen Beitrag und sie kann gesellschaftliche Veränderungen erzeugen und Institutionen schaffen, die wir heute nicht mehr wegdenken können und wollen.

Zwei kritische Aspekte der Freiwilligenarbeit sollen aber dennoch kurz angesprochen werden. Erstens: Die Statistiken zeigen, dass die Zahl der Freiwilligen im Zeitraum von 1997 bis 2011 kontinuierlich abgenommen hat. Im formellen Bereich sind es rund drei Prozent, doch im informellen Bereich sind es bereits acht Prozent weniger Personen, die sich freiwillig engagieren. Jetzt stellt sich die Frage, wie man das interpretieren soll. Eine Erklärung ist das abnehmende Interesse, weil die sogenannte Ich-AG wichtiger ist. Aber genauso gut könnte dies daran liegen, dass einige Aufgaben von staatlichen Institutionen übernommen worden sind. Wie auch immer, für uns Politiker bedeutet das, dass wir diesen Trend im Auge behalten sollten.

Zweitens: Eine Tücke der Freiwilligenarbeit liegt darin, dass die Betroffenen dazu neigen, ihr Engagement zu professionalisieren und dann einen Eigennutzen erwarten. Das zeigt sich z.B. in der Diskussion um die Zeitgut-schriften im Kanton St. Gallen. Meines Erachtens müssen wir auch diesen Trend aufmerksam verfolgen und uns politisch klar positionieren. Wir dürfen und können nicht jedes Begehren aufnehmen. Wir sollten uns aber auch davor hüten, alles Freiwillige pingelig reglementieren zu wollen. Das heisst, wir sind aufgefordert, die Grenze zwischen der Freiwilligenarbeit und den staatlichen Dienstleistungen zu hüten. Doch das schliesst nicht aus, dass unsere Verwaltung dabei eine unterstützende Rolle einnimmt.

Mein Wunsch und meine Hoffnung für diesen Grossen Rat: Wir alle sammeln selber ja auch laufend Erfahrungen mit Freiwilligenarbeit. Darum sollten wir auch denen gegenüber wohlwollend sein und sie unterstützen, die sich für ein ihres Erachtens sinnvolles Anliegen einsetzen. Und von Ihnen als Grossräte erwarte ich, dass Sie sich vor allem für die Ideen engagieren, die Ihnen persönlich ein wichtiges Anliegen sind. Schliesslich gehe ich davon aus, dass die meisten in diesem Saal heute mehr oder weniger freiwillig arbeiten, zumindest das Tageshonorar alleine dürfte wohl kaum der Grund dafür sein.

Damit erkläre ich die Oktobersession 2014 als eröffnet und begrüsse Sie dazu ganz herzlich.

Totenehrung

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Totenehrung. Am 29. Juli 2014 ist Richard Allemann-Bärtsch gestorben. Er wurde 87 Jahre alt. Der Verstorbene wurde am 15. Juni 1927 in Chur geboren, wo er seine Kinder-

und Jugendzeit verbrachte. Er absolvierte die Handelsabteilung der Bündner Kantonsschule und arbeitete danach für Banken in Chur und Genf. 1951 heiratete Richard Allemann Utti Bärtsch. Der Ehe entsprossen zwei Söhne. Bevor der diplomierte Bücherexperte 1960 seine eigene Treuhand- und Revisionsfirma gründete, arbeitete er für den Kanton Graubünden als stellvertretender Leiter des Gemeindeinspektorates und Steuerrevisor. Richard Allemann-Bärtsch war über 20 Jahre in der städtischen und kantonalen Politik tätig. Er war Mitglied des Churer Gemeinderates und 1975 dessen Präsident. Von 1979 bis 1987 nahm er für den Kreis Chur zudem Einsitz im Grossen Rat, bevor er in den Bankrat der Graubündner Kantonalbank gewählt wurde. Diesem gehörte er bis 1998 an. Die Wahl zum Bankratspräsidenten 1991 war zugleich die Krönung seiner beruflichen Tätigkeit. Das Wirken des Verstorbenen zugunsten der Öffentlichkeit war von grosser Umsicht und Einsatzbereitschaft geprägt. Für seine engere Heimat und den Kanton Graubünden hat er sich langjährig und in verdienstvoller Weise engagiert. Dafür gebührt ihm an dieser Stelle der verdiente Dank. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Vereidigung erstmals anwesender Grossrätinnen und Grossräte sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsident Campell: Wir kommen nun zur Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Ich bitte die betreffenden Personen nach vorne zu kommen und ich bitte Sie im Saal und die Gäste auf der Tribüne, sich von den Sitzen zu erheben. Darf ich die erstmals anwesenden Stellvertreterinnen und Stellvertreter bitten, nach vorne zu treten? Sie können den Eid oder das Gelübde ablegen gemäss Art. 7 Abs. 1 des GGO, ich lese Ihnen die Formel vor. Die Formel des Eides lautet: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates, schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Die Formel des Gelübdes lautet: „Sie als gewählte Mitglieder des Grossen Rates, geloben, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Ich bitte Sie, entweder die Schwurfinger zu erheben oder das Gelübde zu sprechen. Sprechen Sie mir nach: Ich schwöre es (ich schwöre es) ich gelobe es. Niemand, gut. Ich danke Ihnen, Sie können wieder Platz nehmen.

Ratsmitglieder: Ich schwöre es.

Zusammenschluss der Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Brienz/Brinzauls, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel zur Gemeinde Albula/Alvra (Botschaften Heft Nr. 3/2014-2015, S. 85)

Standespräsident Campell: Ich möchte noch gerne eine Gratulation anbringen und diese unserem Kollegen Grossrat Michael Pfäffli, er wurde gestern als bestgewähltes Vorstandsmitglied der Gemeinde St. Moritz gewählt, herzliche Gratulation und alles Gute in deinem Amt. *Applaus* Wir kommen nun zu den Sachgeschäften und beginnen diese Session mit drei Zusammenschlüssen von Gemeinden. Wir beginnen als erste Fusion mit den Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Brienz, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel zur Gemeinde Albula Alvra. Zu diesem Traktandum möchte ich unsere Gäste auf der Tribüne begrüssen und da ich sicher bin, dass ich keine Fehler mache, werde ich dies in beiden Sprachen tun. I'm fo grand plaschair cha ils respunsabels dals cumüns cha discutainsa uossa la fusiun as haun piglio il temp da gnir cò in sela dal grand cussagl per garder, scu cha nus decidains sur dad üna buna fusiun. Ich möchte zu diesem Traktandum zuerst das Wort zum Eintreten dem Kommissionspräsidenten, Grossrat Joos, erteilen. Grossrat Joos, Sie haben das Wort.

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Joos; Kommissionspräsident: Danke Herr Standespräsident. Auch ich begrüsse die Delegation aus dem Albulatal ganz herzlich hier bei uns im Grossen Rat. Die Vorbereitungscommission für den Zusammenschluss der Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Brienz, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel durfte am 29. September 2014 in Brienz/Brinzauls ihre Kommissionssitzung abhalten. Wir wurden dabei über die vorliegende Botschaft informiert, sowie über das Vorgehen der Fusionsgemeinden einerseits von Regierungsrätin Janom Steiner mit Ihren Mitarbeitenden aus dem Amt für Gemeinden, andererseits durch die Vertreter der Fusionsgemeinden selber. Das Albulatal beschäftigt sich bereits seit 13 Jahren mit territorialen Reformen. Die meisten Bemühungen, die Talschaft zu einen, missglückten bislang weitgehend. Zusammenfassend sind divergierende Kräfte hin zu den finanzstärkeren Tourismusgemeinden ausserhalb des Albulatals dafür verantwortlich zu machen und nicht zuletzt auch die Sprachenfrage. Insbesondere in Bezug auf die Zukunft der romanischen Schule. So fusionierte die Gemeinde Wiesen bereits 2009 mit Davos, wo es wohl bis heute auch die Schmittner hin zieht. Alvaschein und Lantsch/Lenz liebäugelten mit Vaz, Obervaz respektive der Lenzerheide, wobei sich Alvaschein nun erfreulicherweise doch für das Albulatal entschieden hat. Die ebenfalls dem Förderraum Albula/Alvra zugehörigen Gemeinden Bergün/Bravuogn, Filisur sind andererseits durch ihre erheblichen finanziellen Schwierigkeiten offensichtlich keine attraktiven Bräute für die Fusionsgemeinden im äusseren Albulatal. Ich glaube, man darf

es darum schon so ausdrücken, dass die Gemeindefusion im Albulatal nicht der Zusammenschluss ist, den man gerne sehen würde, aber doch einen wertvollen Anfang darstellt. In diesem Sinne hat sich auch Regierungsrätin Janom Steiner geäussert und in der Kommission wurden Druck und Zwangsmassnahmen gegenüber den nicht fusionswilligen Gemeinden offen angesprochen. Wie auch die Frage, ob den Stimmbürgern schrittweise Fusionen zugemutet werden können. Die Regierung sieht in diesem ersten Schritt jedoch die Ermöglichung einer weiteren Entwicklung und verzichtet aus Rücksicht auf die erfolgreiche Umsetzung des Projekts Albula/Alvra auf mögliche Zwangsmassnahmen. So haben die Stimmberechtigten der sieben von elf Gemeinden am 28. Februar 2014 dem Fusionsvertrag schliesslich deutlich zugestimmt, die Verfassung am 24. August 2014 genehmigt und im September mit Daniel Albertin ihren neuen Gemeindepräsidenten gewählt. Die neue Gemeinde für 1370 Einwohnerinnen und Einwohner, davon 120 Schulkinder, gehört den beiden Kreisen Alvaschein und Belfort an und umfasst 9400 Hektaren. Albula/Alvra ist zweisprachig, wobei die Gemeinde über romanische und deutschsprachige Territorien verfügt. Die vier bestehenden Bürgergemeinden werden entweder mit den politischen Gemeinden oder in Genossenschaften zusammengeschlossen. Zum Finanziellen: Der kantonale Förderbeitrag beträgt 5,8 Millionen Franken, hinzu kommen diverse Sonderleistungen in Bezug auf Finanzkraftgruppe, Anerkennung von Projekten, Steuerkraftausgleich und Verzicht auf Verrechnung oder Rückforderung von kantonalen Leistungen. Die Frage nach entgangenen Fusionsbeiträgen im Falle von nachträglichen Einzelbeitritten wurde von unserer Regierungsrätin dahingehend beantwortet, dass der Gemeinde Albula/Alvra dadurch zumindest keine Nachteile entstehen sollen, aber auch keine Salami-Taktik einkehren dürfe. Insofern ist zu erwarten, dass in diesen Fällen gewisse Beiträge angerechnet werden. Aufgrund der vorliegenden Fakten beantrage ich Eintreten auf die Vorlage.

Kollegger: Allein in dieser Session dürfen wir über drei Fusionsprojekte befinden. Dass Gemeindefusionen an der Tagesordnung sind, deutet darauf hin, dass Gemeindefusionen zum Massengeschäft avancieren und trotzdem ist jede Fusion für sich alleine gesehen etwas ganz besonders. Diese Fusion ist es ganz bestimmt, dieses Fazit erschliesst sich allein schon aus der Historie, die sie aus der Botschaft ersehen. Natürlich ist es äusserst bedauerlich, dass es nicht, oder vielleicht müsste ich auch sagen, noch nicht zu einer grossen Talfusion kommt und insbesondere Schmitten bei diesem grossen und wichtigen Schritt nicht mitmacht. Ich bedauere dies nicht deshalb, weil ich ein Fan bin von möglichst grossen Gemeinden, auch nicht deshalb weil ich mein Moped früher als Jugendlicher immer von Alvaneu nach Schmitten zur Reparatur gefahren habe und für mich Schmitten daher ganz klar zum Albulatal gehört, sondern ich bedauere das deshalb, weil durch das Abseitsstehen von Talgemeinden wie Schmitten, Filisur, Lantsch/Lenz die Mehrzahl der Zweckverbände nicht aufgegeben werden kann. Das ist deshalb bedauerlich, weil eines der Ziele der Gemeindereform ja dieses wichtige Ziel anstrebt,

nämlich auch Strukturbereinigungen, was die Zweckverbände anbelangt. Andererseits haben wir hier im Rat immer wieder betont, dass das Bottom-up-Prinzip gelten soll und das Vorhaben von der Basis her reifen und gedeihen soll. Wenn nun also einzelne Gemeinden im Albulatal noch nicht so weit sind, dann gilt es das zu akzeptieren. Darum ärgern wir uns heute nicht über das nicht erreichte, sondern freuen uns über das Erreichte. Als Bürger der bisherigen Gemeinde Alvaneu erfüllt es mich mit Freude und auch einem gewissen Stolz, einer der ersten Bürger der neuen Gemeinde Albula zu werden. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Region Mittelbünden im Allgemeinen und das Albulatal im Besonderen, im Herzen Graubündens, im Dreieck der drei wichtigen und erfolgreichen Tourismusorte Davos, Lenzerheide, Savognin über ein überaus grosses Potenzial verfügt. Und ich bin genauso überzeugt, dass ein Zusammengehen der Albulatalgemeinden eine wichtige Voraussetzung zur positiven Inwertsetzung dieses Potenzials bildet. Ich gratuliere den beteiligten Gemeinden zum Erreichten und danke für das bisher Geleistete. Dem designierten Gemeindepräsidenten Daniel Albertin gratuliere ich zur ehrenvollen Wahl und wünsche ihm alles Gute. Mögen die übrigen Gemeinden des Albulatals die Vorreiterrolle dieser neuen Gemeinde und die Vorteile auch dieser Gemeinde bald erkennen und sich der Gemeinde Albula anschliessen. In diesem Sinne plädiere natürlich auch ich meinerseits für Eintreten auf diese Vorlage.

Cramer: Vorab ein herzliches Dankeschön den Verantwortlichen, dass wir heute über den Zusammenschluss der Gemeinde Albula/Alvra beraten können. Insbesondere der Präsidentin und dem Präsidenten der fusionierenden Gemeinden, sowie Daniel Albertin, der die Fusionsverhandlungen kompetent geführt hat, ist es zu verdanken, dass der Zusammenschluss und damit ein wichtiger und zukunftsweisender Schritt im Albulatal gelungen ist. Auch für uns Junge bedeutet das ein wichtiger Schritt. Sie konnten es den Worten des Kommissionspräsidenten entnehmen, wir haben eine äusserst abwechslungsreiche Zeit hinter uns. Heute können wir uns freuen, dass es gelungen ist, im vorderen Albulatal ein Haus zu bauen, unter dessen Dach sieben Gemeinden Platz gefunden haben. Und dass die Fusion von der Bevölkerung mitgetragen wird, zeigt die breite Zustimmung von 85,8 Prozent. In meiner Heimatgemeinde Surava waren es sogar 95 Prozent. Wenn sie heute den Segen zur vorliegenden Fusion geben, können wir am 1. Januar 2015 in unser neues Haus Gemeinde Albula/Alvra einziehen und glauben Sie mir, neue Familienmitglieder, sprich Gemeinden sind herzlich willkommen. Etwas erstaunt habe ich in der Botschaft gelesen, wie offen die Regierung darüber nachgedacht hat, Art. 94 des Gemeindegesetzes anzuwenden und die Gemeinden Lantsch/Lenz und Schmitten zum Zusammenschluss zu zwingen, wie es in der Botschaft heisst. Ich bin froh, dass die Regierung diesen Schritt nicht gemacht hat, denn erstens sind Zwangsehen nie eine gute Grundlage für eine gemeinsame Zukunft. Zweitens, soll es den Gemeinden ganz im Sinne der Gemeindeautonomie und des Bottom-up-Prinzips grundsätzlich selbst überlassen sein, ob sie den Schritt einer

Fusion gehen wollen oder nicht. Die neue Gemeinde Albula/Alvra hat nun die Chance, sich als starker Partner im vorderen Albulatal zu etablieren und den übrigen Gemeinden im Fusionsperimeter zu zeigen, dass dies der richtige Weg ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen und damit dem Zusammenschluss Albula/Alvra grünes Licht zu geben.

Jaag: Mit der Fusion im Albulatal soll der Grosse Rat heute einen grossen Schritt vieler vorab kleineren Gemeinden vollziehen. Ein politisch wechselvolles Vorspiel, dem einige Windungen und Zwischenschritte vorausgegangen sind, heute aber meinerseits per Saldo positiv zu beurteilen ist. Respekt, es geht eine eher peripher gelegene Talschaft daran, ihre Entwicklung eigenständig an die Hand zu nehmen, aus eigenem Antrieb Veränderungen anzugehen, ihre Ressourcen selber zu bündeln, vorhandene Potenziale zu benennen, um deren Wirkung wirksam zu erhöhen, sie effizient zu nutzen. Kompliment allen Macherinnen und Machern. Man könnte sagen, die Fusion mit dem Namen Albula/Alvra sei noch unvollendet. Schmitten, Lantsch/Lenz gehörten in den Albulaperimeter unbedingt dazu. Sicher abschbar auch Filisur und Bergün. Ich selber habe an dieser Stelle unfertige Fusionen auch schon kritisiert und meine persönliche Befürchtung ausgedrückt, dass solche die wirklich sinnvollen zielführenden Prozesse behindern können und dies in einigen Fällen nachweislich auch tun. Doch hier liegt der Fall anders. Da machen Zwischenschritte auch in meiner Einschätzung Sinn, auch wenn der ganz grosse Wurf damit noch nicht vollends erreicht ist.

Gemäss Gemeindegesetz hätte die Regierung die Möglichkeit, Druck auf abseitsstehende Gemeinden auszuüben. Persönlich habe ich mich überzeugen lassen, dass die Regierung hier gut daran getan hat, darauf zu verzichten. Denn die vorliegende Fusion ist komplexer als andere. Sie hat einen weiten Weg hinter sich. Die richtigen Impulse scheinen mir gesetzt und beim sicher sinnvollen Einlenken von Schmitten und Lantsch bereits heute bereit zu sein, damit dann nicht nochmals grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen sind. Ich nenne zwei Beispiele von Weitsicht. Weitsicht eins: Die romanische Schule in Lantsch/Lenz, die Tatsache, dass der romanische Schulstandort ausserhalb der künftigen Gemeindegrenzen zu liegen kommt ist nicht selbstverständlich. Der weitsichtige Entscheid zeugt von grosszügigem Denken innerhalb der neuen Gemeinde, aber er macht aus übergeordneter Sicht Sinn, öffnet bereits heute die Tore für die weitere Entwicklung, auch da, Respekt. Und zum Zweiten: Nein, in der neuen Gemeinde wird gelebte Zweisprachigkeit praktiziert, ein aus dem Blickwinkel des Deutschsprachigen beurteilt, ein sinnvoller Schritt in die Zukunft.

Und Weitsicht zum Zweiten: Da zitiere ich aus der neuen Verfassung der Gemeinde wie der Art. 8 die Stimmberechtigung beschreibt, da sind nicht nur nach a) die Stimmberechtigten Schweizer berücksichtigt, sondern unter b) sind stimmberechtigt auch stimmbefähige Ausländer, die über eine Niederlassungsbewilligung verfügen und seit mindestens acht Jahren ununterbrochen in der Gemeinde Albula/Alvra wohnhaft sind. Die Wohndauer in den bisherigen Gemeinden wird angerechnet. Auch

hier Respekt, das scheint mir zukunftsweisend. Ein Anliegen liegt mir abschliessend am Herzen: Wenn wir einmal mehr mit politischen Entscheidungen strukturell grössere Gebilde schaffen, dann sollten wir mit Nachdruck darauf achten, die jetzigen Dorfgemeinschaften, künftigen Fraktionen, bewusst auch lebendig zu erhalten. Wir sollten dies mit konkreten Massnahmen angehen. Das Bewusstsein sinnvollerweise auch mit finanziellen Möglichkeiten fördern. Kurz, willentlich ins künftige Dorfleben, ins Leben vor Ort investieren. Denn auch nach der Fusion wird das Herz weiterhin im Dorf schlagen, dieses als seine Heimat fühlen, auch wenn die Fusion alle amtlichen Einrichtungen sinnvollerweise vereinfacht. Nehmen wir dieses Anliegen ernst, schützen und fördern wir es. Ich begrüsse die Fusion zur Gemeinde Albula/Alvra, gratuliere allen Initiantinnen und Initianten und dem bereits überzeugend gewählten Daniel Albertin. Die beherzte Eigeninitiative der Bevölkerung im Albulatal überzeugt. Ich wünsche mir, sie wird durch den Erfolg bald schon reich belohnt.

Standespräsident Campell: Weitere Mitglieder der Vorberatungskommission? Wenn dies nicht der Fall ist, weitere Mitglieder des Grossen Rates? Darf ich jemandem das Wort erteilen? Grossrat Daniel Albertin, Sie haben das Wort.

Albertin: Zuerst möchte ich mich bei meinen Kollegen Gemeindepräsidenten und Kollegin Gemeindepräsidentin sowie einer Delegation aus der Gemeinde Albula/Alvra recht herzlich bedanken, dass ich Sie hier im Grossratssaal begrüssen darf. Als Präsident des Fusionsprojekts Albula/Alvra durfte ich in den letzten drei Jahren an der Fusion unserer Gemeinde mitwirken. Es ist für mich daher eine grosse Freude hier in diesem Rat zu diesem Geschäft sprechen zu dürfen. Am 17. Dezember 2011 haben wir unser Fusionsprojekt gestartet. Nicht ohne Hindernis, jedoch mit viel Rückhalt aus der Bevölkerung haben wir das ehrgeizige Ziel erreicht und dürfen sicherlich auch stolz sein auf dieses Projekt. Die Stimmbürger der Gemeinde Alvaneu, Alvaschein, Brinzen/Brinzauls, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel haben am 28. Februar 2014 mit 85,8 Prozent dem Gemeindezusammenschluss zugestimmt. Ich gehe davon aus, dass Sie geschätzte Kolleginnen und Kollegen Grossräte, gleich einmal gemerkt haben bei der Bearbeitung der Botschaft, dass der Weg zu einer Fusion im Albulatal, wie bereits mehrmals erwähnt, seit einem Jahrzehnt in verschiedenen Formen im Gange war. Verschiedene Perimeter waren angedacht, ja sogar eine Talfusion wurde aufgegleist und wieder schubladisiert und nun dürfen wir heute die Botschaft bearbeiten, die eine Fusion von sieben der elf Gemeinden in unserem Förderraum beinhaltet. Der Wunsch eine Talfusion in einem Schritt zu erreichen, hätte das erneute Projekt sicherlich zum Scheitern verurteilt. Der erste Schritt mit den sieben Gemeinden war ein Muss um eine spätere Fusion im ganzen Tal anzudenken. Ein Wermutstropfen aus meiner Sicht ist sicherlich, dass wir die Gemeinden Schmitthen und Lantsch/Lenz nicht für unsere Fusion im ersten Schritt bereits gewinnen konnten. In der Botschaft auf Seite 90 unter Punkt 2. Beurteilung des Projekts wird

geschrieben: „Tatsächlich stellt sich im vorliegenden Fusionsperimeter die Frage nach einer kantonalen Verfügung eines Zusammenschlusses“. Dieser Gedanke hat wohl seine Berechtigung. Jedoch ist er aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Es liegt an uns, an der neuen Gemeinde Albula/Alvra, den umliegenden Gemeinden in unserem Förderraum aufzuzeigen, welche Perspektiven und Zukunftsaussichten unsere neue Gemeinde haben wird. Auch wenn wir ab dem 1. Januar 2015 die grösste Gemeinde in unserem Tal sind, wenn Sie dieser Botschaft auch zustimmen, dürfen wir uns nicht anmassen, Grenzen in unserem Förderraum zu schaffen und sind immer offen für Gespräche, um weitere Gemeindezusammenschlüsse in die Wege zu leiten. Ich hoffe sehr, die Regierung wird sich weiterhin so konsequent an unserem Förderraum festhalten wie bis anhin und die kantonalen Förderbeiträge mit der gleichen Praxis berechnen wie bis anhin, sollte sich eine weitere Gemeinde für einen Zusammenschluss schon in absehbarer Zeit erwärmen können. Als Präsident des Übergangsvorstandes und als designierter Präsident der neuen Gemeinde Albula/Alvra möchte ich meinen Dank an unseren Projektleiter Tino Zanetti und Ralf Kollegger aussprechen sowie dem Amt für Gemeinden mit ihrem Amtsleiter Thomas Kollegger und dem Leiter Projekte Simon Theus sowie Regierungsrätin Janom Steiner, die uns alle unermüdlich unterstützt haben in unserem Fusionsprojekt Albula/Alvra. Die Bevölkerung der neuen Gemeinde Albula/Alvra würde sich über eine klare Zustimmung des Grossen Rates freuen. Angraztg fitg per Voss consentimaint. Ia sun sainz'oter per antrar an la fatschenta.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen aus der Mitte? Wenn dies nicht der Fall ist, erteile ich das Wort Regierungsrätin Janom Steiner.

Regierungsrätin Janom Steiner: Bevor ich mich zur Fusion Albula-Alvra äussere, möchte ich vorweg ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Während meine Vorgänger und auch meine Vorgängerin nur ganz selten die Gelegenheit hatten, sich überhaupt zu Gemeindefusionen zu äussern, steht mir nun das Privileg zu, allein in dieser Session zu drei Fusionen mich zu äussern, in der Dezembersession nochmals zu drei Fusionen zu äussern und wir haben noch weitere Fusionen bereits in der Diskussion, die in der Vorbereitung sind. Es ist ein, wirklich, es ist ein Privileg, zu derart vielen gelungenen Projekten sprechen zu dürfen. Und es ist, wie das Grossrat Kollegger gesagt hat, es ist schon bald ein Massengeschäft geworden, entsprechend ist auch unsere Botschaft zu den jeweiligen Fusionen immer auch gleich aufgebaut. Aber es ist ein sehr erfreuliches Massengeschäft. Massengeschäft hört sich vielleicht etwas despektierlich an, darum, möchte ich betonen, es ist ein sehr erfreuliches Massengeschäft. Denn es ist Ausdruck dafür, dass unsere Gemeindereform klar auf Kurs ist. Vorbehaltlich natürlich Ihrer Zustimmung zu den sechs anstehenden Fusionen, heute eben zu drei Fusionen, werden wir nämlich die Anzahl der Gemeinden von 146 auf 125 Gemeinden per 1. Januar 2015 senken können. Ihre, geschätzter Grossrat, Ihre mittelfristige Zielsetzung, näm-

lich eine Reduktion der Gemeinden bis ins Jahr 2020 auf unter 100 Gemeinden zu erreichen, ist realistisch. Wir sind auf Kurs und ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Ob wir dann das langfristige Ziel, 50 oder weniger als 50 Gemeinden erreichen werden, da bin ich noch etwas zurückhaltender, zwar auch zuversichtlich, aber da liegt noch ein grosses Stück Arbeit vor uns. Aber das mittelfristige Ziel, das Sie uns gegeben haben, das werden wir erreichen. Wir haben allein in den letzten fünf Jahren eine Reduktion von noch 180 Gemeinden im Jahre 2010 auf 125 erreicht, das heisst also, wir haben in den letzten fünf Jahren eine Reduktion um 55 Gemeinden erreicht. Das ist eine beachtliche Leistung. Und wie bereits gesagt, weitere Fusionsprojekte sind am Laufen, beziehungsweise in verschiedenen Regionen werden Fusionsprojekte angestossen, besprochen. Ich verweise z.B. auf die Fusion im Surses mit nun neun Gemeinden, die auch auf Kurs sein dürfte. Dass wir mit unserer Gemeindereform auf Kurs sind, liegt daran, es liegt nicht an mir, es liegt daran, dass wir Gemeindevertreter, Gemeindevertreterinnen haben, Grossrätinnen und Grossräte und auch andere Entscheidungsträger in den Gemeinden und in den Regionen, die den Handlungsbedarf erkannt und sich den Herausforderungen gestellt haben. So wie die auch auf der Tribüne anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Fusionsprojektgruppen Albula/Alvra, Domleschg und Vals. Ihnen allen, Ihnen allen gebührt ein riesengrosses Kompliment. Sie alle haben eine sehr grosse Arbeit geleistet, Sie alle haben viele emotionale und auch viele schwierige Momente erlebt. Sie haben schier unlösbare Fragestellungen gelöst. Manchmal mussten Sie Lösungen anvisieren, die in Kompromissen lagen zum Wohle aller Beteiligten und da und dort mussten Sie vielleicht sogar über Ihren eigenen Schatten springen, was sicher auch nicht immer ganz einfach war. Die von Ihnen ausgearbeiteten Projekte, und ich spreche jetzt von allen drei Fusionen, sie überzeugen alle in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung. Und entsprechend deutlich waren dann auch die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Gemeinden bei allen drei Fusionen. Wir haben einen Ja-Stimmenanteil zu verzeichnen bei Albula/Alvra von 85,8 Prozent, Domleschg 74,3 Prozent, Vals 96,8 Prozent und das jeweils bei einer hohen Stimmbeteiligung. Das sind schöne Ergebnisse, das ist der Lohn für Ihre Arbeit. Sie alle dürfen also sehr stolz sein auf das Erreichte, und ich beglückwünsche alle Projektbeteiligten ganz herzlich auch im Namen der Regierung, grazcha fìch per Vossa gronda lavur, grazcha fìch per Vossa perseveranza e Vos ingaschamaint. Cordialas gratulaziuns per ils progets, Vo vaivat propcha fat üna grondiusa lavur. Dass wir also auf Kurs sind mit der Gemeindereform liegt daran, dass Persönlichkeiten vor Ort die Initiative ergreifen, die Chance erkennen und mutig, hartnäckig und weitsichtig die Weichen für zukünftig starke Gemeinden stellen. Die Bündner Bevölkerung hat die Möglichkeit, diesen Prozess auch noch weiter zu unterstützen, indem sie nämlich am 30. November auch Ja zur Anschlussgesetzgebung der Gebietsreform sagt. Ich hoffe, dass es ein Ja gibt, denn Sie, geschätzter Grosser Rat, haben dies ja bereits getan. Dies würde ganz klar auch den Prozess der Gemeindereform begünstigen und entsprechend auf starke Gemeinden

hinwirken. Bevor ich nun auf einzelne Voten eingehe, erlauben Sie mir aber auch noch einen Dank auszusprechen, ganz kurz, nämlich an meine Mitarbeiter, die auch oben auf der Tribüne sind: Thomas Kollegger, Vorsteher des Amtes für Gemeinden, und sein Stellvertreter, Simon Theus. Das soll auch und darf auch einmal gesagt sein. Sie und ihr Team stehen beratend den Projekten, den Projektteams und den Projektgruppen zur Seite. Sie engagieren sich mit viel, viel Herzblut, ich muss sagen fast Tag und Nacht, und ich glaube, das darf auch mal gesagt sein: Ihr macht einfach einen super Job. Das ist wirklich eine gute Sache. Grazcha fìch.

Ich möchte nun auf einzelne Voten noch eingehen. Grossrat Cramerì war etwas erstaunt über die Deutlichkeit, wie die Regierung nun doch über eine allfällige Zwangsfusion nachgedacht hat. Sie haben absolut Recht. Zwang ist kein gutes Mittel oder keine gute Basis für eine zukünftige Zusammenarbeit. Wir haben aus diesem Grund ja auch vom Zwang abgesehen. Aber dennoch, es war wichtig, dass wir über diesen Punkt nachdenken, denn der Grosse Rat hat von der Regierung mehrfach auch erwartet, dass wir das Instrumentarium, das wir zur Verfügung haben, allenfalls dann auch zur Anwendung bringen, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind. Und ich glaube, es war der richtige Zeitpunkt, dass wir dies auch getan haben, das wir dies auch in der Botschaft explizit aufgeführt haben, denn wir hatten hier in diesem besonderen Fall, in der Fusion Albula/Alvra, gerade in Bezug auf die Führung der romanischen und der deutschen Schule, wäre eigentlich das Mitmachen der Gemeinde Lantsch/Lenz und Schmitten von grosser Wichtigkeit gewesen. Im Übrigen muss man auch darauf hinweisen, dass Schmitten einen weiteren Tatbestand erfüllt, nämlich da in Schmitten doch seit geraumer Zeit eine Vakanz im Gemeindevorstand besteht, das sollte eigentlich behoben werden. Also wir haben uns mit dieser Frage auseinandergesetzt. Aber selbstverständlich, wenn man sich mit dieser Frage auseinandersetzt, dann muss man nicht nur prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind für eine allfällige Zwangsfusion, man muss sich auch über die Auswirkungen, über die Verhältnismässigkeit, muss man sich auch Gedanken machen. Und wir waren klar der Überzeugung, dass dieser Zwischenschritt, ich sage, es ist ein wichtiger Zwischenschritt jetzt hier erfolgt, dass dieser nicht gefährdet werden sollte. Hätten wir eine Zwangsfusion angeordnet im Falle Schmitten und Lantsch/Lenz, dann wäre möglicherweise der Prozess der Fusion Albula/Alvra ins Stocken gekommen. Es hätte ein riesiges politisches, ich sage mal, Geschrei gegeben, weil diese Bestimmung mussten wir noch nie anwenden. Also wir haben zu Gunsten der Fusion Albula-Alvra davon abgesehen, aber wir haben ganz bewusst, ganz bewusst haben wir gewisse Formulierungen in diese Botschaft aufgenommen. Und ich möchte Sie auf Seite 92 hinweisen, wo wir ganz bewusst geschrieben haben, dass wir mindestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Zwangsfusion als nicht zielführend sehen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ich gehe davon aus, dass allein dieser Satz nun auch bei den Entscheidungsträgern der Gemeinde Schmitten zum Nachdenken angeregt hat. Weil, mittlerweile, seit wir die Kommissionssitzung hatten, und die Kommissionsmitglieder wissen dies, hat

sich die Gemeinde Schmitten überlegt, ob sie nicht doch jetzt die Gemeinde Albula/Alvra anfragen sollte, ob man ein Projekt wieder aufnehmen könne. Und ich unterstütze Grossrat Albertin beziehungsweise zukünftigen Gemeindepräsident dieser Gemeinde in seiner Aussage: Jawohl, man muss das Gespräch mit Schmitten aufnehmen, man soll auch diese Gespräche führen. Uns ist es umso lieber oder umso besser, wenn diese Gespräche von den Gemeinden geführt werden, eben wenn es nach dem Prinzip Bottom-up geht. Also darum, ich bin sehr dankbar um die Worte des zukünftigen Gemeindepräsidenten, dass man bereit ist, auch mit Schmitten diese Diskussion wieder aufzunehmen.

Und was den Förderbeitrag anbelangt, ich werde zum Förderbeitrag in der Detailberatung noch auf die Details eingehen. Hierzu einfach Folgendes, das habe ich auch in der Kommission bereits gesagt: Es wurde gefragt, ja wenn dann Schmitten dazukäme, wie viel würde dann die Gemeinde Albula/Alvra an Förderbeitrag erhalten? Und ich konnte nur so weit gehen, dass wir sagten: „Selbstverständlich müssen wir das dann im Einzelfall prüfen, wenn das Gesuch bei uns eingeht.“ Es kann aber nicht sein, dass die Gemeinde Albula/Alvra finanziell schlechter gestellt würde, einfach nur weil die Gemeinde Schmitten sich diesen Schritt erst jetzt überlegt, oder? So viel kann man sagen. Sie soll nicht schlechter gestellt werden, aber es darf auch nicht sein, dass ein Entscheid für einen weiteren Förderbeitrag dazu führt, dass man nun ebenso in Salamitaktik eine Fusion um die andere macht und entsprechend sich immer wieder Förderbeiträge abholt. Wir haben ja auch eine Fusion hier in der Botschaft, Tumegl/Tomils, bei welcher wir ja den einen Teil des Beitrages anrechnen. Also wir werden, wenn ein Gesuch auf dem Tisch liegt, wird man selbstverständlich dieses Gesuch prüfen und so weit kann ich gehen, dass man nicht die neue Gemeinde Albula/Alvra in diesem Sinne benachteiligen wird.

Vielleicht aber noch eine Bemerkung. Es wurde die Förderpraxis angesprochen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen: Wenn die Finanzausgleichsreform angenommen wird, das ist jetzt der Fall, dann werden wir unsere Förderpraxis entsprechend anpassen müssen. Also wir werden eine neue Fusionsförderpraxis definieren müssen, weil ja die finanziellen Grundlagen aufgrund der neuen Finanzausgleichsreform sich verändert haben. Das werden wir an die Hand nehmen und entsprechend ab Inkrafttreten dann des neuen Finanzausgleiches diese Praxis entsprechend anpassen. Noch zu einem letzten Anliegen. Grossrat Jaag hat betont, es sei ihm ein Anliegen, dass man ins Leben im Dorf investieren solle. Da kann ich ihm nur zustimmen. Da sind, ich sage hauptsächlich die Verantwortlichen vor Ort gefordert. Aber ich bin zuversichtlich, gerade bei diesen Projekten, die uns jetzt vorliegen, kann an bei allen Projektteilnehmern und jenen Projektverantwortlichen, glaub ich, haben wir diese Sensibilität gespürt, was es heisst, eben auch dann eine neue Gemeinde, eine fusionierte neue Gemeinde in die Zukunft zu führen. Das hat man gesehen auch, wie man doch wirklich mit Weitsicht, und das wurde auch von Grossrat Jaag angesprochen, wie man mit Weitsicht ganz schwierige Fragestellungen, wie zum Beispiel die Schulfrage, die Sprachenfrage hier

angegangen ist, und ich glaube, man kann dieses Votum, dieses Anliegen weitergeben und zuversichtlich sein, dass die Verantwortlichen dies entsprechend dann auch umsetzen. Immerhin, auf kantonaler Ebene, so meine ich, haben wir die Grundlagen gelegt für zukünftig starke Gemeinden, mit der Gemeindereform, mit der Gebietsreform, auch mit der neuen Finanzausgleichsreform. Die Basis, die rechtliche Basis, ist gelegt. Es ist an den Verantwortlichen in den Gemeinden, in den Regionen, dafür besorgt zu sein, dass man dieses Anliegen aufnimmt und umsetzt. In diesem Sinne bitte auch ich Sie, treten Sie auf alle drei Fusionsvorlagen ein. Ich werde vor allem zum kantonalen Förderbeitrag in der Detailberatung eingehen, sofern dies erwünscht ist. Es sind gute Projekte, es wurde hervorragende Arbeit geleistet, es erfüllt mich mit Freude und Stolz, heute hier diese Vorlagen dem Grossen Rat entsprechend auch zu unterbreiten.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Eintreten ist nicht bestritten, somit beschlossen. Wir kommen zur Detailberatung.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung

1. Die Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Brinzen/Brinzauls, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel werden im Sinne von Art. 87 des kantonalen Gemeindegesetzes zur neuen Gemeinde Albula/Alvra zusammengeschlossen.
2. Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Standespräsident Campell: Ich frage den Kommissionspräsidenten, möchten Sie das Wort? Nein. Diskussion ist offen über Detailberatung. Niemand wünscht das Wort. Frau Regierungsrätin wünschen Sie das Wort? Sie haben das Wort.

Regierungsrätin Janom Steiner: Die Frage ist: Wollen Sie jetzt noch etwas über den kantonalen Förderbeitrag hören oder nicht? Können Sie darüber abstimmen? *Heiterkeit* Nein, ich möchte nicht unnötig verlängern. Die Kommission hat sich mit der Fragestellung kantonalen Förderbeitrag im Detail auseinandergesetzt. In der Botschaft sind lediglich die Eckwerte aufgeführt, wie sich dieser Förderbeitrag zusammensetzt. Die Kommission hat alle Details erfragt. Ich habe Ihnen entsprechend auch gemäss Regierungsbeschluss die Einzelheiten mitgegeben. Ich glaube, sofern hier nicht der Wunsch explizit geäussert wird, dass ich dazu Stellung nehme, werde ich darauf verzichten, aber wenn es noch bilateral Fragen gibt, dann nehme ich sehr gerne dazu Stellung.

Standespräsident Campell: Sind weitere Wortmeldungen gewünscht? Ich gehe davon aus, dass die Diskussion nicht mehr gewünscht wird. Somit würden wir übergehen zur Abstimmung.

Angenommen

Standespräsident Campell: Wer den Zusammenschluss der Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Brienz/Brinzauls, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel zur neuen Gemeinde Albula/Alvra auf den 1. Januar 2015 beschliessen will, soll, wer dies tun will, die Taste Plus, wer dagegen ist, die Taste Minus, wer sich von der Stimme enthalten will die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben mit 112 zu 0 Stimmen mit 0 Enthaltungen die Fusion der Gemeinde Albula/Alvra beschlossen. Ich möchte hier den Gemeinden und vor allem ihren Verantwortlichen ganz herzlich gratulieren. *Applaus.*

Schlussabstimmung

- Der Grosse Rat beschliesst den Zusammenschluss der Gemeinden Alvaneu, Alvaschein, Brienz/Brinzauls, Mon, Stierva, Surava und Tiefencastel zur neuen Gemeinde Albula/Alvra auf den 1. Januar 2015 mit 112 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur nächsten Fusion der Gemeinde Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils zur Gemeinde Domleschg. Auch hier möchte ich die Verantwortlichen der Gemeinden ganz herzlich begrüssen und auch über diese Fusion wird es eine interessante Diskussion geben. Ich erteile das Wort dem Kommissionspräsidenten Grossrat Grass Walter.

Zusammenschluss der Gemeinden Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils zur Gemeinde Domleschg (Botschaften Heft Nr. 3/2014-2015, S. 123)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung Eintreten

Grass; Kommissionspräsident: Ganz herzlich begrüssen möchte ich auch die anwesenden Vertreter der neuen Gemeinde Domleschg auf der Tribüne. Fusionieren ist nicht neu im Domleschg, denn bereits im Jahr 2008 haben sich die damaligen Gemeinden Feldis, Scheid, Trans und Tomils zur Gemeinde Tomils zusammengeslossen. Ein gutes Jahr später bekundeten weitere Gemeinden im Ausserdomleschg Interesse zu fusionieren. Daraufhin lud der Kreis Domleschg alle Gemeinden aus der Talschaft Heinzenberg/Domleschg ein, um über eine mögliche Talfusion zu diskutieren. Die Auffassungen zu dieser Idee waren sehr unterschiedlich und es zeigte sich, dass die Zeit noch nicht reif war für diesen Schritt. Die innerdomleschger Gemeinden Sils, Fürstenu und Scharans gaben bekannt, dass für sie das Thema Fusionieren abgeschlossen sei und sie in nächster Zeit an keinen weiteren Fusionsgesprächen teilnehmen werden. So wurde im Jahr 2011 ein neues Fusionsprojekt im Ausserdomleschg gestartet. Während die Stimmbewölkerung von Rothenbrunnen eine Projektbeteiligung zwei Mal innert Jahresfrist ablehnte, starteten die Gemeinden Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils das Fusionsprojekt zur Gemeinde Domleschg. Ab Frühjahr 2013

erarbeitete eine Arbeitsgruppe bestehend aus je zwei Vertretern der Gemeinde und einer externen Projektbegleitung und natürlich unter Mitwirkung des Amts für Gemeinden an dem Zusammenschluss der erwähnten Gemeinden. Die Arbeitsgruppe hat die Bevölkerung laufend über die Ergebnisse der Projektarbeit informiert. Dies erfolgte mittels Flugblättern, Informationen über die lokale Presse und es fanden insgesamt 15 Informationsveranstaltungen statt. Im Juni 2013 wurde sogar ein Alpfest organisiert, um die Bevölkerung der zukünftigen Gemeinden näher zusammenzuführen. Am 28. März 2014 war es dann soweit. Alle fünf beteiligten Gemeinden stimmten dem Fusionsvertrag zur Gemeinde Domleschg mit insgesamt 74 Prozent Ja-Stimmen Anteil deutlich zu. Die Gemeinde Domleschg umfasst eine Fläche von 4594 Hektaren, zählt 1933 Einwohner und der Steuerfuss wird bei 110 Prozent festgesetzt. Dank des milden Klimas und der guten Erschliessung, vor allem auch durch den öffentlichen Verkehr zeichnet sich die Gemeinde als attraktive Wohnlage aus und die Einwohnerzahl stieg seit 1980er Jahren beträchtlich an. Ein Grossteil der Bevölkerung findet ihr Einkommen in der Landwirtschaft. In einzelnen Fraktionen sind es über 50 Prozent. Während viele Beschäftigte im zweiten und dritten Sektor ihrer Berufstätigkeit ausserhalb der Gemeinde und des Tals nachgehen müssen. Die Schule, welche während der Fusionsabklärung für die grössten Diskussionen sorgte, wird neu organisiert. Zurzeit erarbeitet eine Kommission ein detailliertes Schulkonzept aus. Dabei soll die neue Gemeinde die Schulstandorte nach dem Modell 3-2-1 führen, was heisst, drei Kindergärten, zwei Primarschulen und eine Oberstufe. Zurzeit besuchen die Oberstufenschüler der Fraktion Feldis den Unterricht im Oberstufenschulverband Bonaduz/Rhazüns, da dies verbunden mit der Luftseilbahn Feldis-Rhazüns den kürzesten Schulweg darstellt. In Zukunft werden alle neu in die Oberstufe eintretenden Schüler die Oberstufe am Standort in der neuen Gemeinde besuchen. Mit dieser Fusion kommt es zu einem sehr geringen Abbau an überkommunalen Zusammenarbeiten. Dies liegt zum einen darin, dass Rothenbrunnen nicht im Fusionsperimeter dabei ist, und zum anderen grössere Fusionen wie Kreis- oder Talfusionen nötig wären um einen effektiven Abbau an überkommunalen Zusammenarbeiten zu erreichen. Deswegen fällt die Förderpauschale eher bescheiden aus und da für die Gemeinde Tomils bereits ein Förderbetrag von 2,8 Millionen Franken ausbezahlt wurde, wird dieser Fusion gemäss der geltenden Förderpraxis ein Beitrag von 900 000 Franken abgezogen, sodass der kantonale Förderbetrag für die Gemeinde Domleschg 5,45 Millionen Franken beträgt. Für Aufregung sorgte der Name der neuen Gemeinde Domleschg. Die Gemeinde Sils im Domleschg erachtete die Namensgebung Domleschg als rechtlich nicht zulässig und beantragte der Regierung in diesem Punkt den Fusionsvertrag nicht zu genehmigen. Die Regierung leitete dazu das notwendige Verfahren beim Bund ein. Dort sind während der Beschwerdefrist keine Anträge eingegangen und der Kanton kann dem Gemeindefusion zustimmen. Die erste Gemeindeversammlung der Gemeinde Domleschg fand am 1. Oktober 2014 statt. Neben der Wahl des hier anwesenden Gemeinde-

präsidenten Werner Natter und sechs weiterer Mitglieder des Gemeindevorstandes wurden die Gemeindeverfassung, das Steuergesetz, das Abstimmungs- und Wahlgesetz, eine Geschäftsordnung und ein Entschädigungsreglement genehmigt sowie die Steuern festgesetzt. Zum Schluss möchte ich meine Gratulation zu dieser Fusion aussprechen und wünsche der Gemeinde Domleschg alles Gute für die Zukunft. Es darf gesagt werden, dass diese Fusion sorgfältig abgeklärt, genügend Zeit eingeräumt und die Bevölkerung stets offen informiert wurde. Dies sind gute Voraussetzungen für einen gelungenen Start. Im Namen der einstimmigen Vorberatungskommission beantrage ich den Zusammenschluss der Gemeinden Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils zur Gemeinde Domleschg zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

Kunfermann: Ich möchte dem neuen Gemeindepräsidenten der Gemeinde Domleschg, der hier anwesend ist, Werner Natter, gratulieren. Er hat schon zweimal eine Fusion erlebt, vielleicht erlebt er noch eine dritte. Denn Sie haben mit der Wahl der Gemeinde Domleschg sehr in die Zukunft gedacht und ich denke, es war ein guter Schritt. Die Schule gibt auch immer wieder Diskussionen und wenn ich die Standorte der Gemeinde Domleschg anschau, ist es verständlich, dass hier sicher gut überlegt wird, wo die Standorte der Schule, vor allem der Primarschulen und der Kindergärten stehen. Auch ich wünsche und gratuliere der neuen Gemeinde für die Zukunft alles Gute. Herzliche Gratulation für die Fusion.

Pfenninger: Ich bin ein Domleschger, ich bin ein Domleschger mit Überzeugung und Herz und dies ganz im Sinne der neuen Gemeinde, deren Bürger ich auch sein darf. Es ist zwar schade, dass sich noch nicht alle Gemeinden, die im Domleschg liegen, dem Fusionsprozess angeschlossen haben und der Perimeter somit nicht vollständig ist, trotzdem schaffen wir ein gutes und zukunftsfähiges Gebilde. Diejenigen, die schon länger im Rat sind wissen, dass ich Teilfusionen kritisch bis sehr kritisch gegenüberstehe und die Zustimmung zu Kleinstfusionen auch schon verweigert habe. Von diesem Projekt hier bin ich allerdings hundertprozentig überzeugt. Was vor wenigen Jahren noch nicht möglich war, ist nun mindestens teilweise gelungen und das löst doch eine gewisse Begeisterung bei mir aus. Insbesondere, wenn ich an die erste wirklich gelungene Gemeindeversammlung denke, die die Verfassung behandelt hat, sowie die Wahlen der Gemeindegremien durchgeführt hat. Nun, ich freue mich zukünftig nicht nur Domleschger zu sein, sondern auch Domleschger.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen aus der Kommission? Wenn dies nicht der Fall ist, eröffne ich die Diskussion für alle. Darf ich jemandem das Wort erteilen? Nicht der Fall. Frau Regierungsrätin, Sie haben das Wort.

Regierungsrätin Janom Steiner: Meine Freude habe ich bereits zum Ausdruck gebracht, auch zu dieser Fusion. Ich möchte vielleicht Ihnen noch aus der Kommissionsdiskussion etwas mitgeben. Diese Fusion war absolut

unbestritten, auch hier das Konstrukt, die inhaltliche Ausgestaltung überzeugt. Was aber auch ganz wichtig war, war die Diskussion dann, die ausgelöst wurde, was in diesem Raum, nicht nur in diesem kleinen Förderraum, sondern ich sage auch auf der gegenüberliegenden Talseite und wenn man Richtung Thusis schaut, was dort allenfalls auch noch aufgenommen werden könnte. Diese Diskussion wurde sehr intensiv in der Kommission geführt. Für meine Mitarbeiter und für mich war es auch sehr erfreulich, wie auch die Vertreter aus der Region, auch die eben in der Kommission Einsitz nahmen, wie sie sich zu allfälligen künftigen Schritten ausgesprochen haben. Und ich glaube, wichtig ist wirklich, dass die Entscheidungsträger vor Ort den Handlungsbedarf erkennen, anerkennen und entsprechend dann auch die Schritte einleiten. Ich bedanke mich für die Diskussion in der Kommission. Wir haben all diese Anliegen und Fragestellungen aufgenommen. Meine Mitarbeiter werden bei Bedarf und auf Wunsch entsprechend auch andere Gemeinden in dieser ganzen Region auch auf der gegenüberliegenden Talseite gerne auf weiteren Schritten begleiten und beraten. Und auch hier vielleicht immer wieder der Hinweis: Auf der einen Seite wurde gewünscht, dass der Kanton vermehrt Einfluss nimmt, auf der anderen Seite wurde aber auch wieder darauf hingewiesen, dass es eben immer noch gilt, den Grundsatz Bottom-up zu respektieren und dies ist eine Gratwanderung, die wir versuchen umzusetzen. Wir unterstützen Vertreter in den Regionen, in den Gemeinden, bei ihren Bestrebungen. Wir wollen aber nicht den Druck in diesem Sinne erhöhen und Zwangsfusionen kommen sowieso nur zur Anwendung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. In diesem Thema oder in dieser Fusion war das überhaupt kein Thema. Also ich kann nur und darum schau ich etwas in die Reihen, ich kann nur jene Vertreter von der gegenüberliegenden Talseite ermuntern auch dort Gespräche zu führen, auch in Richtung Thusis. Ich bin zuversichtlich, dass es in dieser Talschaft auch noch weitere Schritte geben wird, die zielführend sein dürften. Auch in diesem Sinne noch einmal Gratulation an die Vertreter dieses Projektes, ein gelungenes Projekt, wo auch sehr sensible Themen, gerade die Frage des Schulstandortes oder der Schulstandorte sehr gut aufgearbeitet wurden, die Bevölkerung wurde jeweils mit einbezogen. Auch hier, ein mustergültiges Projekt, ein mustergültiges Vorhaben. Gratulation auch von meiner Seite. Ich kann Sie nur ermuntern, treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie auch dieser Fusion zu. Und für alle neuen Vertreter im Grossen Rat; ich kann bestätigen, dass Grossrat Pfenninger immer sehr kritisch in Sachen Fusionen war, wenn er Ihnen vorbehaltlos jetzt Zustimmung empfiehlt, dann können Sie das getrost machen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Wenn dies nicht der Fall ist, ist Eintreten nicht bestritten, somit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung

1. Die Gemeinden Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils werden im Sinne von Art. 87 des kantonalen Gemeindegesetzes zur neuen Gemeinde Domleschg zusammengeschlossen.
2. Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Standespräsident Campell: Wir kommen zur Detailberatung und ich frage den Kommissionspräsidenten, möchten Sie das Wort? Er nickt und will das Wort nicht. Weitere Grossrätinnen und Grossräte, die das Wort wünschen? Wenn dies nicht der Fall ist, Frau Regierungsrätin? Ebenfalls nicht, somit würden wir dann zur Abstimmung übergehen.

Angenommen

Standespräsident Campell: Wer bereit ist, den Zusammenschluss der Gemeinden Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils zur neuen Gemeinde Domleschg auf den 1. Januar 2015 zu beschliessen, drücke die Taste Plus, wer nicht die Taste Minus, wer sich der Stimme enthalten will, die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben mit 100 zu 0, ohne Enthaltungen der Fusion der Gemeinde Domleschg zugestimmt. Auch der Gemeinde Domleschg ganz herzliche Gratulation zur Fusion und auch all jenen, die eine Riesenarbeit für diese Fusion geleistet haben. Alles Gute. Danke und ich gratuliere.

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat beschliesst den Zusammenschluss der Gemeinden Almens, Paspels, Pratval, Rodels und Tomils zur neuen Gemeinde Domleschg auf den 1. Januar 2015 mit 100 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Grass; Kommissionspräsident: Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, den Gemeindebehörden für die geleistete Arbeit, den neugewählten Behördenmitglieder zur Wahl gratulieren und der Gemeinde für die ausgezeichnete Verpflegung an unserer gemeinsamen Sitzung zu danken. Regierungsrätin Barbara Janom und ihren Mitarbeitern vom Amt für Gemeinden, Simon Theus und Jeanette Darlizi sowie Domenic Gross vom Ratssekretariat und meinen Kolleginnen und Kollegen der Vorberatungskommission ein herzliches Dankeschön für die angenehme Zusammenarbeit und Unterstützung. Der neuen Gemeinde Domleschg nochmals herzliche Gratulation und alles Gute für die Zukunft.

Standespräsident Campell: Ich bin vorhin ein bisschen schnell zur nächsten Fusion geschritten. Grossrat Joos als Kommissionspräsident möchte auch noch etwas dazu sagen, Entschuldigung Grossrat Joos.

Joos; Kommissionspräsident: Wenn Sie mir gerade die Gelegenheit geben, nehme ich die gerne wahr und möchte mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde Albula/Alvra sowie den Mitgliedern der Vorbe-

ratungskommission recht herzlich bedanken. Möchte der neuen Gemeinde herzlich gratulieren zu der genehmigten Fusion. Speziell beglückwünschen möchte ich Daniel Albertin als neuen Gemeindepräsidenten, die Mitglieder der Gemeindebehörde wie auch die Herren Zanetti und Kollegger, die externen Berater, die die Fusion begleitet haben. Regierungsrätin Janom Steiner mit den Herren Kollegger und Theus vom Amt für Gemeinden danke ich für ihre fachliche Unterstützung, Domenic Gross für die Protokollführung und natürlich für das Briefing des Kommissionspräsidenten und meinen Kolleginnen und Kollegen der Vorberatungskommission für die konstruktive und angenehme Mitarbeit. Ich wünsche der Gemeinde Albula/Alvra noch etwas Zuwachs, viel Prosperität und Wohlergehen für die Zukunft.

Standespräsident Campell: Wir kommen nun zur dritten Fusion und dies ist der Zusammenschluss der Gemeinden St. Martin und Vals. Hier erteile ich ebenfalls dem Kommissionspräsidenten das Wort. Grossrat Christof Kuoni, Maienfeld.

Zusammenschluss der Gemeinden St. Martin und Vals zur Gemeinde Vals (Botschaften Heft Nr. 3/2014-2015, S. 145)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung Eintreten

Kuoni; Kommissionspräsident: Auch ich möchte die anwesende Delegation aus den Fusionsgemeinden St. Martin und Vals ganz herzlich begrüssen. Es freut mich, dass Sie den Weg in den Grossratssaal angetreten sind, um direkt bei unserer Beratung dabei zu sein. Die beiden Gemeinden grenzen aneinander und arbeiten schon seit vielen Jahren in verschiedenen Bereichen zusammen. Beide Gemeinden gehören zum Kreis Lugnez, zum Bezirk Surselva und sind Mitglied im Regionalverband Surselva. In Vals leben knapp 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Vals erhebt einen Steuerfuss von 100 Prozent der einfachen Kantonssteuer und gehört zur Finanzgruppe 3. St. Martin gehört zu der Finanzgruppe 5 und erhebt einen Steuerfuss von 120 Prozent. Beide Gemeinden profitieren im Wesentlichen von den Konzessions-einnahmen der Kraftwerke Zervreila AG. Die Wasserzinsen übersteigen die Steuereinnahmen der Gemeinde St. Martin um ein Vielfaches. Die Einwohnerzahl hat sich in St. Martin kontinuierlich auf heute 33 zurück entwickelt. Dies führte in St. Martin zu institutionellen Problemen, weshalb die Regierung einen Regierungskommissar im vergangenen Jahr einsetzte. Der Regierungskommissar, Thomas Nievergelt, wurde am 27. August 2013 von der Regierung beauftragt, erste Fusionsgespräche mit Vals zu führen. Aufgrund der positiven Signale aus Vals wurde das Fusionsprojekt am 12. November 2013 gestartet. Das Ziel bestand darin, die Verhandlungen bis Ende April 2014 zu beenden. Dank in-

tensiver Vorarbeit wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger beider Gemeinden im März 2014 anlässlich einer Orientierungsversammlung über die Ergebnisse der Abklärungen und Auswirkungen der Fusion orientiert. Die Gemeindeversammlungen vom 11. April 2014 stimmten dem Fusionsvertrag deutlich zu. Der Kanton unterstützt den Zusammenschluss der Gemeinden Vals und St. Martin mit einem kantonalen Förderbeitrag von 0,7 Millionen Franken. In Ergänzung zum Förderbeitrag werden im Sinne einer Besitzstandsgarantie weitere Sonderleistungen gewährt, welche in der Botschaft auf Seite 155 ersichtlich sind. Nach Art. 88 des Kantonalen Gemeindegesetzes tritt der Gemeindezusammenschluss mit dem Beschluss des Grossen Rates in Kraft. Die gesetzlichen Voraussetzungen für den Zusammenschluss sind erfüllt. Die Regierung hat die Fusionsvereinbarung mit Beschluss vom 17. Juni 2014 genehmigt. Das Inkrafttreten ist gemäss Vereinbarung über den Zusammenschluss auf den 1. Januar 2015 vorgesehen. Am 19. September tagte die Vorbereitungskommission zusammen mit Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, dem Vertreter des Amtes für Gemeinden und den Gemeindevertretern der zwei Fusionsgemeinden. Dabei wurden wir umfassend über den Fusionsprozess informiert. Der Einbezug der Bevölkerung und die hohe Zustimmung in beiden Gemeinden bilden eine gute Grundlage für eine reibungslose Fusion. Da ich in der Eintretensdebatte praktisch alle wichtigen Punkte tangiert habe, verzichte ich auf weitere Wortmeldungen in der Detailberatung. Die Vorberatungskommission beantragt Ihnen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Zusammenschluss der Gemeinde Vals und St. Martin zur neuen Gemeinde Vals auf den 1. Januar 2015 zuzustimmen.

Mani-Heldstab: Ich bin Walserin und als Präsidentin der Walservereinigung Graubünden meine ich sagen zu dürfen, dass ich die Walser Seele kenne. Seit ich im Grossrat bin und das sind immerhin elf Jahre habe ich keine Gemeindefusion erlebt, die im Vorfeld derart hohe Wellen warf und derart auch negatives zu reden gab. Und so war es mir als Präsidentin der Walservereinigung nicht nur eine Freude sondern auch ehrenvolle Pflicht in dieser Fusionskommission dabei zu sein. Sehen Sie, es gibt ein Sprichwort, das die Walser Seele auf den Punkt bringt. Und d.h.: „Allei, so viel wia mögli, mitanand no soviel wia nötig.“ Und wer dann auf dem Weg nach Vals einen Zwischenhalt in der Kleinstgemeinde St. Martin eingeschaltet hat, der kann die Aussage und vor allem die Entstehung dieses Sprichwortes nachvollziehen. Weit verstreut liegen die einzelnen Höfe. Nicht gerade an topographisch bevorzugter Lage. Typisch solche Streusiedlungen, typisch für die Walser. Sie mussten sich als Einwanderer bekanntlich mit dem zufrieden geben, was noch nicht besiedelt war. Und wer auf sich selbst gestellt ist, der muss gezwungenermassen so viel Eigeninitiative wie möglich entwickeln. Und wer sich nicht alle Tage sieht, entwickelt naturgegeben ein gewisses Mass an Eigenbrötlertum. Wie gesagt, Sprichwörter bringen es zwar auf den Punkt und sie lassen auch etwas tiefer hinter die Kulissen blicken, aber es wird dann tragisch, wenn solche Prämissen letztendlich zu Situationen führen, die in der Sackgasse enden. Glücklicherweise hat

der Kanton dies erkannt und den Verantwortlichen in St. Martin geholfen, die richtige Entscheidung im richtigen Moment zu treffen und sich zum Miteinander zu entscheiden. Dass dieser Prozess mitunter sehr schmerzhaft sein kann und mit viel Aushaltervermögen verbunden war, davon konnte sich die Kommission vor Ort in persönlichen Gesprächen überzeugen. Fusionen haben bekanntlich immer zwei Seiten. Eine technische und eine menschliche. Während man technisch praktisch vom Schreibtisch aus problemlos eine ganze Talschaft in einem Handstreich zusammenlegen kann, so geht es auf der menschlichen Ebene um viel mehr. Ich schaue nun zu Peter Peyer, aber ich glaube, er hat den Saal gerade verlassen. Ich hoffe sehr, dass sich seine Löckchen auf dem Kopf nicht noch mehr kräuseln, weil es wieder hinter seiner Stirne in ähnlicher Weise rumort, wie damals bei der Fusion der Kleinstgemeinden Inner- und Ausserferrera zur Kleingemeinde Ferrera. Natürlich, auch diesmal haben wir es technisch gesehen wieder mit einer Kleinstfusion zu tun. Aber gerade das Beispiel St. Martin zeigt in eindrücklicher Art und Weise auf, wie hart ein solcher Weg sein kann. Es geht viel Leidensdruck voraus und es braucht das Eingeständnis des eigenen Versagens und es braucht den mutigen Entscheid einzelner Verantwortlicher oft gegen den Widerstand oder gegen viel Widerstand eine neue Lösung anzustreben, die viel mit Loslassen von Vertrautem zu tun hat. Und hier ist die Regierung, allen voran Regierungsrätin Barbara Janom Steiner und den verantwortlichen Mitarbeitern des Amtes für Gemeinden ein ganz grosses Kränzlein zu winden. Sie haben diesen gesamten langen Prozess von Anfang an mit viel Gespür und viel Respekt angestossen und bis zum erfolgreichen und nun für alle tragbaren Entschluss begleitet. Und dafür gebührt ihnen auch von meiner Seite ein grosses Dankeschön. In Vals ist zusammengelassen was zusammengehört. Und der neuen Gemeinde Vals wünsche auch ich von Herzen viel Kraft und Motivation, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und mit gebündelten Energien das Bestmögliche zu erreichen. Ich bin für Eintreten.

Darms-Landolt: Es ist gut, dass die Stimmbürger beider Gemeinden diesem Zusammenschluss klar zugestimmt haben. Denn er ist notwendig. Vals und St. Martin zwei spezielle und unterschiedliche Gemeinden in letzter Zeit beide mit überdurchschnittlicher Medienpräsenz. Die eine hat sich stark entwickelt, ist gewachsen, zeigt sich innovativ und offen für Neues, fällt Entscheide von grosser Tragweite, welche in der Bevölkerung Verunsicherung und Auseinandersetzung auslösen aber auch Aufbruchstimmung und Wagemut. Die andere, eine Kleinstgemeinde, deren Einwohner auf geographisch stark verstreuten Höfen, es sind zwei Einwohner pro Quadratkilometer, teilweise weit ab den Verkehrsachsen leben, wo Abwanderung und Zuzug zu neuen gesellschaftlichen Strukturen führen, wo das Zusammenleben dadurch nicht einfacher wird und das Führen der Gemeinde zusehends schwieriger. Beide Gemeinden sehen sich vor grossen Herausforderungen. Vals hat die zukunftsweisenden Entscheidungen in verträglicher Weise umzusetzen. St. Martin hat seine politische Zukunft zu regeln. Zur Seite steht ein von der Regierung ernannter

Kommissär. Dass dieses Fusionsprojekt in beiden Gemeinden nur knapp ein Jahr nach der ersten von insgesamt zwei Arbeitssitzungen zur Abstimmung kam, ist das Resultat einer pragmatischen Haltung der Verantwortlichen beider Gemeinden sowie eine intensive Vorarbeit unter der Begleitung durch das Amt für Gemeinden und dem Anstoss der Regierung. Auch wenn ein gewisser Fusionsdruck in diesem Fall nicht zu verleugnen ist, wir haben es gehört, es ist bemerkenswert und erfreulich, dass nun dank Kooperation eine zukunfts-trächtige Lösung zustande gekommen ist. Dazu gratuliere ich. Und ich gehe davon aus, dass der Grosse Rat dies auch so sieht und diese Fusion gutheissen wird. Erlauben Sie mir am Rand noch etwas Bemerkenswertes zur kleinen Gemeinde St. Martin zu äussern. Diese Gemeinde hat nämlich ganz besondere Beziehungen zum elektrischen Strom. Erstens ist das einer der wenigen Punkte, die im Zuge der Fusion noch zu regeln sind. Denn die St. Martinener bezahlen derzeit doppelt so viel für den elektrischen Strom wie die Valser. Was aber mit Unterstützung des kantonalen Ausgleichsbeitrags bald ausgeglichen wird. Zweitens führten die Konzessionseinnahmen von den Kraftwerken in St. Martin zu einer aussergewöhnlich hohen Steuerkraft pro Kopf von über 10 000 Franken. Und drittens war es die Gemeinde St. Martin, die 1972/73 als letzte aller Schweizer Gemeinden ans Stromnetz angeschlossen wurde. Ich bin für Eintreten und wünsche der fusionierten Gemeinde alles Gute für ihre gemeinsame Zukunft.

Buchli-Mannhart: Mit der Fusion von St. Martin und Vals fusionieren zwei Valser Gemeinden mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Es freut mich ausserordentlich, dass St. Martin mit diesem Fusionsentscheid aus eigener Kraft seine Zukunft aktiv angeht. Es freut mich auch, dass Vals mit seiner fast einstimmigen Zustimmung zur Fusion bewiesen hat, dass der einwohnerschwache Nachbar willkommen ist. Aufgrund der anspruchsvollen Ausgangslage verdient der Fusionsentscheid dieser beiden Gemeinden grossen Respekt, Anerkennung und Dank. Auf Seite 155 der Botschaft wird die Sonderleistung im Umfang von 375 000 Franken an die laufende Gesamtmelioration St. Martin und die Beiträge an Wasserversorgungen aufgeführt. Ich begrüsse diese Sonderleistungen seitens des Kantons ausdrücklich. Projekte in diesem Bereich der Meliorationen und Wasserversorgungen sind für die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum Graubündens von zentraler Bedeutung. Der Kanton muss im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten alles unternehmen, damit die Förderung dieser Projekte auch in Zukunft bestmöglich gewährleistet ist. Ich erlaube mir, Ihnen nun ganz kurz eine persönliche Geschichte zu erzählen. Bei der Geburt des vierten Kindes verstarb die erste Frau meines Urgrossvaters. Er heiratete später meine Urgrossmutter, die aus St. Martin aus der Siedlung Munt stammte. Mit ihr hatte er zwölf Kinder. Viele Nachkommen dieser 18-köpfigen Familie sind noch heute im Safiental wohnhaft. Die wohl berühmtesten Nachkommen dieser Frau aus Munt St. Martin sind die Gebrüder Buchli der Musikgruppe 77 Bombay Street. Ich gratuliere unseren Nachbarn überem Bärj zu ihrem Fusionsentscheid und wünsche Ihnen alles

Gute für die gemeinsame Zukunft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und selbstverständlich der Fusion zuzustimmen.

Alig: Als ich von den Turbulenzen in der Gemeinde St. Martin erfuhr, bekam ich ein ungutes Gefühl. Es handelt sich nämlich um eine kleine Gemeinde mit 33 Einwohnern, wo alle und dies sage ich aus eigener Erfahrung, wo also wirklich alle am gleichen Strick ziehen müssen, damit ein politisches Überleben gewährleistet ist. Ich war selber als GPK-Mitglied in einer ähnlichen Situation wie die GPK in St. Martin und ich weiss leider nur zu gut wie die Emotionen in die Höhe schiessen, wenn in heiklen Angelegenheiten eine Intervention unumgänglich wird. Ich habe mich wirklich gefragt wie und ob die Bevölkerung von St. Martin jemals diese entstandenen Differenzen lösen kann. In einer Situation, wo die Emotionen dominieren wird es extrem schwierig wieder auf die Sachebene zurückzukommen und wieder sachlich miteinander zu diskutieren, nach Lösungen zu suchen und auch welche zu finden. Dass dies zu meinem Erstaunen in relativ kurzer Zeit und aus eigener Kraft gelungen ist, zeigt mir, dass die Verantwortlichen von beiden Gemeinden sehr professionell vorgegangen sind und dies wohl verstanden unter Einbezug der Bevölkerung, was sehr wichtig ist. Die grosse Bereitschaft der Valser Bevölkerung in diese Fusionsverhandlungen einzutreten und den Nachbarn der Gemeinde St. Martin Hand zu bieten, mit offenen Armen entgegenzutreten trug wesentlich zum Gelingen dieser Fusion bei. Die Zustimmung mit 99 Prozent in Vals und 74 Prozent in St. Martin spricht alles. Die verantwortlichen Personen von Vals und St. Martin, die in den verschiedenen Fusionskommissionen Einsitz nahmen und die projektbegleiteten Personen vom Amt für Gemeinden haben für diese tolle Leistung wahrlich ein Kränzchen verdient. Hut ab, dies war nicht einfach. Der Bevölkerung der neu fusionierten Gemeinde Vals wünsche ich, dass die Umsetzung der Fusion, die jetzt dann erst beginnt, auch so gelingen möge, nämlich so, wie die Fusion selber gelungen ist. Ich jedenfalls zweifle nicht am Gelingen dieser Umsetzung und bitte das Parlament auf das Geschäft einzutreten und dem Antrag der Kommission zuzustimmen. Besten Dank.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen der Kommissionsmitglieder? Dies ist nicht der Fall. Wortmeldungen aus dem Plenum? Nicht der Fall. Frau Regierungsrätin, Sie haben das Wort.

Regierungsrätin Janom Steiner: Ja, dies ist eine ganz spezielle Fusion und sie unterscheidet sich ganz wesentlich von den beiden vorangehenden Fusionen. Es ist eine Kleinstfusion, aber ich bitte trotzdem auch Kritikern zu Kleinstfusionen hier Ja zu sagen, weil es gibt gar keinen anderen Weg. Es ist eine Kleinstfusion erstens und der Anstoss zu dieser Fusion waren, das wurde von Grossrat Alig nun auch gesagt, oder war nicht nur ein ungutes Gefühl sondern war letztlich die Handlungsunfähigkeit einer Gemeinde, die dann den Schritt nach sich zog, dass wir ein Regierungskommissär einsetzen mussten. Dieser Regierungskommissär hatte ursprünglich nur den Auf-

trag, die Vorwürfe der GPK der Gemeinde St. Martin aufzuarbeiten und abzuklären. Aber es wurde aufgrund seines Berichtes sehr bald klar, dass es gar keinen anderen Weg mehr geben konnte, als dass man die Zusammenarbeit beziehungsweise dann eben das Zusammengehen mit der Gemeinde Vals anstossen musste. Weil es wurde klar, dass diese strukturellen Probleme aufgrund der verwandtschaftlichen Verhältnisse einfach gar nicht anders lösbar waren. Und einen Regierungskommissär auf Lebzeiten einsetzen, das geht nun auch nicht und ist auch unbefriedigend und wäre auch für die Gemeinde St. Martin keine gute Lösung gewesen. Also gab es gar nichts anderes, als dass wir aufgrund des Berichtes dann den Auftrag des Regierungskommissärs erweitert haben und ihn dann eben auch aufgefordert haben, mit der Gemeinde Vals hier das Gespräch aufzunehmen. Selbstverständlich haben auch meine Mitarbeiter diesen Prozess unterstützt, aber ich möchte auch betonen, die Gemeindevertreter der Gemeinde Vals wie auch die neuen Gemeindevertreter der Gemeinde St. Martin, ihnen muss wirklich ein grosses Kränzchen gewunden werden. Sie haben in diesem Prozess sehr konstruktiv, sehr offenerzig auch mitgearbeitet, trotz all dieser unglaublichen Emotionen, die eben aufgrund dieser ungueten Gefühle, die aufgrund der Vorwürfe der GPK auch im Raum standen. Sie haben dies aufgearbeitet, offenerzig dieses Projekt an die Hand genommen und es war möglich innert kurzer Zeit, die wichtigsten Punkte zu regeln, zumal man ja ohnehin schon in vielen Punkten eigentlich ja zusammengearbeitet hat. Man kann es fast nicht besser ausdrücken, als es Grossrätin Mani gesagt hat: In Vals ist zusammengekommen, was zusammengehört.

Ja, man hat auch noch geprüft, ob es Varianten gäbe, dass sich St. Martin nach aussen orientieren würde. Aber ich glaube, das wäre keine Lösung gewesen, alleine schon aufgrund der Sprache, aufgrund der Fakten, aufgrund der Zusammenarbeit mit der Gemeinde Vals war es nichts als logisch, dass man diesen Schritt, dieses Zusammengehen nun auch politisch vollzieht. Aber das brauchte Grösse, das brauchte Grösse der Gemeindevertreter und es brauchte auch, ich sage, ein grosses Herz der Gemeinde Vals. Und mit einer Zustimmung von 99 Prozent haben sie dieses grosse Herz bewiesen. Beschliessen Sie bitte auch diese Fusion. Es ist im Sinne dieser beiden Gemeinden. Es ist eine gute Fusion und ich kann Ihnen nur sagen, die Erleichterung bei uns im Departement, wie beim Amt für Gemeinden war sehr gross, als das klare Abstimmungsergebnis auch von Vals kam, weil wir uns nämlich die Frage gestellt hatten, was wäre, wenn Vals nein gesagt hätte, dann hätte es möglicherweise einen Anwendungsfall gegeben, jenes besagten Artikels, den wir ja schon angesprochen haben. Dann wäre es zu einer Zwangsfusion gekommen. Aber glücklicherweise war dies nicht notwendig. Die Vertreter der beiden Gemeinden und die Projektgruppe haben hier gute Arbeit geleistet. Sagen Sie Ja zu dieser Fusion, treten Sie ein und beschliessen Sie diese Fusion.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Wenn dies nicht der Fall ist, gehe ich davon aus, dass Eintreten nicht bestritten ist. Somit beschlossen. Wir kommen zur Detailberatung.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung

1. Die Gemeinden St. Marin und Vals werden im Sinne von Art. 87 des kantonalen Gemeindegesetzes zur neuen Gemeinde Vals zusammengeschlossen.
2. Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Standespräsident Campell: Herr Kommissionspräsident möchten Sie das Wort? Nein. Weitere Kommissionsmitglieder? Ebenfalls nicht. Aus der Mitte des Parlaments wird das Wort gewünscht? Ebenfalls nicht. Dann würden wir zur Abstimmung übergehen.

Angenommen

Standespräsident Campell: Zur Fusion der Gemeinde St. Martin und Vals zur neuen Gemeinde Vals. Wer dieser Fusion zustimmen will, drücke die Taste Plus, wer dagegen ist die Taste Minus, wer sich der Stimme enthalten will die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben der Fusion der Gemeinde Vals zugestimmt mit 104 zu 0 Stimmen zu 0 Enthaltungen. Auch der Gemeinde Vals gratuliere ich ganz herzlich und auch den Verantwortlichen, die dazu diese Fusion gebracht haben, ganz herzlichen Dank und ganz herzliche Gratulation.

Applaus

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat beschliesst den Zusammenschluss der Gemeinden St. Martin und Vals zur neuen Gemeinde Vals auf den 1. Januar 2015 mit 104 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Herr Kommissionspräsident, wünschen Sie das Wort? Sie erhalten das Wort.

Kuoni; Kommissionspräsident: Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, den Gemeindebehörden und dem Regierungskommissär Thomas Nievergelt für die zielorientierten und gut ausgeführten Arbeiten, welche sie zum Wohle der Gemeinden geleistet haben ganz herzlich zu danken. Regierungsrätin Barbara Janom Steiner und ihren Mitarbeitern sowie den Herren Simon Theus vom Amt für Gemeinden, Herrn Mic Gross und meinen Ratskolleginnen und –Kollegen der Vorberatungskommission gebührt ebenfalls ein ganz herzliches Dankeschön für die sehr angenehme Zusammenarbeit und Unterstützung. Der neuen Gemeinde Vals gratuliere ich herzlich zum Zusammenschluss und wünsche ihr alles Gute sowie eine erfolgreiche Zukunft.

Standespräsident Campell: Wir haben nun die drei Fusionen behandelt. Ich glaube, es ist der Moment eine Pause einzuschalten. Dann können die Vertreter der Gemeinden mit ihren Kommissionsmitgliedern und ihren Grossräten aus den Regionen mit einem kleinen Kaffee auf die

Fusionen anstossen und wir würden hier im Saal 16.15 Uhr weiterfahren. Gute Pause.

Standespräsident Campell: Wir fahren fort mit dem Fraktionsauftrag der SP betreffend Auswirkungen der Steuergesetzesrevision August 2009. Die Regierung ist bereit im Sinne ihrer Erwägung den Auftrag entgegenzunehmen. Somit gibt es nicht automatisch Diskussion.

Fraktionsauftrag SP betreffend Auswirkungen der Steuergesetzesrevision August 2009 (Wirkungsanalyse/Wertschöpfung) (Erstunterzeichner Trepp) (Wortlaut Juniprotokoll 2014, S. 848)

Antwort der Regierung

Mit dem Auftrag werden Zahlen über die finanziellen Auswirkungen der Teilrevision des Steuergesetzes vom Juni 2009 gefordert. Die Steuerausfälle sollen für die Steuerjahre 2010 bis 2013 für den Kanton und die Gemeinden insgesamt sowie für die 10 grössten Gemeinden in unterschiedlichen Einkommenskategorien ermittelt werden.

In der Teilrevision 2009 wurden sehr viele Bestimmungen geändert und verschiedene Anpassungen an das harmonisierte Bundesrecht vorgenommen. Im Wesentlichen umfasste die Revision die folgenden Positionen:

- Ausgleich der kalten Progression bereits bei einer 3-prozentigen Abweichung
- Kinderabzüge und Maximalbetrag der abziehbaren Kinderbetreuungskosten erhöht
- Maximalsatz der Vermögenssteuer reduziert und Steuerfreibetrag erhöht
- progressiver Gewinnsteuertarif mit Maximalsatz von 7 Prozent auf proportionalen Gewinnsteuersatz von 5,5 Prozent reduziert
- straflose Selbstanzeige eingeführt
- Unternehmenssteuerreform II ins kantonale Recht überführt
 - Aufschubtatbestände bei Privatentnahme, Verpachtung und Erbteilung
 - Einführung Kapitaleinlageprinzip
 - privilegierte Liquidation bei Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit

Mit dem Ausgleich der kalten Progression wird verhindert, dass bloss teuerungsbedingt höhere Einnahmen zu einer prozentual höheren Steuerbelastung führen und dass die Abzüge durch die Teuerung relativiert werden. Diese Indexierung betrifft fast alle in Franken festgelegten Beträge im Steuergesetz einschliesslich der progressiven Steuertarife. Der Ausgleich der kalten Progression führt nicht zu einer Verschiebung der Belastungsverhältnisse; er dient gerade dazu, Belastungsverschiebungen zu verhindern. Die Berechnung der Ausfälle würde einen enormen Aufwand ergeben, ohne dass ein aussagekräftiges Resultat resultieren könnte. Die Regierung erachtet diesen Aufwand nicht als sinnvoll und wird darauf verzichten. Die Auswirkungen der höheren Kinderabzüge und Kinderbetreuungskosten, der geänderten Vermögenssteuer (Satz und Freibeträge) und des tieferen Ge-

winnsteuersatzes können berechnet werden. Die finanziellen Folgen der straflosen Selbstanzeige können nicht berechnet werden, weil nicht feststeht, welche Fälle ohne Selbstanzeige erkannt worden wären und welche Strafsteuern hätten erhoben werden können. Die Folgen der Unternehmenssteuerreform II können nicht quantifiziert werden. Bei den Steueraufschubtatbeständen geht das Steuersubstrat nicht verloren; es wird einfach in einem späteren Zeitpunkt erfasst. Das Kapitaleinlageprinzip führt dazu, dass frühere Kapitaleinlagen steuerfrei zurückbezahlt werden können und nicht als Dividende ausgeschüttet werden. Diese Rückzahlungen von Kapitaleinlagen erscheinen nicht in den Steuerakten, weshalb Mindereinnahmen nicht ermittelt werden können. Die Ausfälle aus der bundesrechtlich zwingenden privilegierten Liquidation müssten im Einzelfall berechnet werden, was die Regierung nicht für machbar hält.

Die Auswirkungen sollen für die Steuerjahre 2010 bis 2013 ermittelt werden. Das Steuerjahr 2013 kann aber noch nicht berechnet werden; eine aussagekräftige Datenmenge dürfte erst Mitte 2015 vorliegen. Die Auswirkungen sollen für verschiedene Einkommensgruppen ermittelt werden; die Regierung geht davon aus, dass mit den in Frage 2 angegebenen Einkommen das Bruttoeinkommen gemeint ist. Die Berechnungen sollen auch für die Gemeinden insgesamt sowie separat für die 10 grössten Gemeinden erstellt werden. Für die Bestimmung der Grösse der Gemeinden wird auf die Bevölkerungszahl abgestellt.

Standespräsident Campell: Die Regierung ist bereit, den Auftrag im beschriebenen Umfang entgegen zu nehmen. Die Ergebnisse werden bis Ende November 2014 auf der Homepage der Steuerverwaltung publiziert. Wird Diskussion verlangt? Dies ist nicht der Fall. Somit gehen wir zur Abstimmung. Wer bereit ist, den Auftrag der SP zu überweisen, drücke die Taste Plus, wer dies nicht will die Taste Minus. Wer sich der Stimme enthalten will die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir überweisen den Auftrag der SP mit 40 zu 19 mit 5 Enthaltungen.

Beschluss

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne der schriftlichen Ausführungen der Regierung mit 40 zu 19 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Standespräsident Campell: Wir fahren weiter mit der Anfrage von Grossrätin Bucher-Brini betreffend aktuelle Situation der Fahrenden im Kanton Graubünden. Frau Brini, verlangen Sie das Wort? Frau Bucher-Brini, Entschuldigung, Sie haben das Wort.

Anfrage Bucher-Brini betreffend aktuelle Situation der Fahrenden im Kanton (Wortlaut Juniprotokoll 2014, S. 840)

Antwort der Regierung

In seinem dritten Bericht vom Januar 2012 zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum

Schutz nationaler Minderheiten (Rahmenübereinkommen) stellte der Bund fest, dass sich die gesamtschweizerische Situation hinsichtlich Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende in den vergangenen zehn Jahren nicht verbessert habe.

In Graubünden stehen von den Standortgemeinden bewirtschaftete und von Fahrenden benützte Durchgangsplätze in den Gemeinden Bonaduz, Felsberg, Rodels und Zillis zur Verfügung. Faktisch in Anspruch genommen werden jedoch nur noch die Plätze in Bonaduz (stark), Felsberg (kaum) und Zillis (stark; Campingplatz). In der Gemeinde Cazis (10 Stellplätze) und in der Stadt Chur (7 Stellplätze) besteht je ein Standplatz. Während jener in Chur von der Stadt bewirtschaftet wird, steht der Standplatz in Cazis unter der Aufsicht des Kantons als Vermieter des Platzes.

Der personelle und finanzielle Aufwand für die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse auf dem Transitplatz für ausländische Fahrende in Domat/Ems wurde in den letzten Jahren für die Standortgemeinde zunehmend zu einer Belastung. Deshalb und aufgrund des Umstandes, dass die Bereitstellung eines solchen Durchgangsplatzes keine spezifisch kommunale Aufgabe darstellt, wurde im Jahre 2012 der kantonale Beitrag an den Unterhalt des Durchgangsplatzes von jährlich 3000 Franken auf 10 000 Franken erhöht.

Zu den gestellten Fragen:

1. Sowohl mit Blick auf die gesamtschweizerische Anzahl an Stand- und Durchgangsplätzen als auch nach Beurteilung der Radgenossenschaft der Landstrasse kann die Situation in unserem Kanton als durchaus vorbildlich beurteilt werden. Die Radgenossenschaft attestiert dem Kanton, dass er seine Hausaufgaben in diesem Bereich gemacht habe und im gesamtschweizerischen Vergleich sehr gut positioniert sei. Der Durchgangsplatz in Bonaduz kann u.a. infrastrukturell als vorbildlich bezeichnet werden. Mit dem Transitplatz in Domat/Ems verfügt der Kanton im Übrigen über den einzigen offiziellen Platz dieser Art in der Schweiz. Zum Bedarf an Stand- und Durchgangsplätzen ist generell festzuhalten, dass solche aus verschiedenen Gründen bevorzugt in urbanen Gebieten nachgefragt werden.

Der Regierung ist jedoch bewusst, dass jeder Kanton ganz grundsätzlich und ungeachtet der absoluten Anzahl bestehender Plätze in der Pflicht steht, für zusätzliche Platzangebote zu sorgen. Dies gilt umso mehr, als die Kantone die Hauptverantwortung für die Raumplanung und damit für die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Fahrenden in der Planung tragen. Wie Beispiele aus anderen Kantonen zeigen, ist jedoch die Unterstützung der Gemeinden für die Bedürfnisse der Fahrenden letztlich ausschlaggebend dafür, ob die Planung für den Bau eines Platzes umgesetzt werden kann oder nicht. Gerade das positive Beispiel der Gemeinde Bonaduz beweist, dass die Realisierung massgeblich vom Goodwill der politisch Verantwortlichen vor Ort für die Anliegen der Fahrenden abhängt.

Aufgrund der heutigen Situation sieht die Regierung keinen aktuellen Handlungsbedarf für die Erstellung

weiterer Stand- und Durchgangsplätze weder für inländische noch für ausländische Fahrende.

2. Die Regierung verurteilt den Antiziganismus als Form einer „unheilvollen Kombination von struktureller Diskriminierung und kultureller Stigmatisierung von Jenischen, Sinti und Roma“ (Gesellschaft für bedrohte Völker). Sie sieht jedoch keine Anzeichen dafür, dass diese Form von Rassismus in Graubünden ein Mass angenommen hat, welches es rechtfertigen liesse, dagegen verstärkte Massnahmen zu ergreifen. Im Übrigen ist die Regierung der Auffassung, dass das geltende Recht die Rechte der Minderheiten ausreichend zu schützen vermag, sofern es konsequent umgesetzt wird (u.a. Rassismustrafnorm).
3. Der Kanton als Vermieter des Standplatzes in Cazis steht mit der Standortgemeinde ebenso in regelmässigem Kontakt wie mit den Mietern selber. Bedürfnisse und Anliegen der Fahrenden werden in der Regel vor Ort diskutiert und ihnen wenn möglich pragmatisch entsprochen. Die übrigen Plätze werden vollständig von den jeweiligen Standortgemeinden betreut und bewirtschaftet. Eine Umfrage bei diesen hatte gezeigt, dass kaum Themen bestanden, bei welchen der Kanton eine unterstützende Funktion hätte einnehmen können. Das Bedürfnis für eine Aussprache wurde von den Gemeinden durchgehend verneint. Aus diesem Grund hat der Kanton von der geplanten Aussprache abgesehen.
4. Eine aktuelle Umfrage bei den fraglichen Standortgemeinden zeigt ein ähnliches Bild wie früher. In keiner Gemeinde bestehen im Zusammenhang mit den Fahrenden Schwierigkeiten, welche den Beizug des Kantons zwingend erfordern. Eine Aussprache zwischen dem Kanton und den Gemeinden drängt sich demzufolge nach wie vor nicht auf. Sollte sich an dieser Beurteilung wider Erwarten etwas ändern, so ist die Regierung bereit, darauf kurzfristig zu reagieren und mit den Gemeinden das Gespräch zu suchen. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn eine heutige Standortgemeinde beabsichtigen würde, den Platz für Fahrende ohne Not und trotz bestehender Nachfrage aufzuheben.

Bucher-Brini: Besten Dank für die Beantwortung meiner Anfrage. Erfreulich ist, dass die Radgenossenschaft der Landstrasse das Angebot an Standplätzen für Fahrende im Kanton Graubünden als vorbildlich beurteilt im gesamtschweizerischen Vergleich. Bedenklich ist hingegen, dass es in der ganzen Schweiz lediglich einen Transitplatz für ausländische Fahrende gibt, welcher in Domat/Ems angesiedelt ist. Diese Situation wird verständlicherweise für die Standortgemeinde Domat/Ems immer wieder zu einer Belastung. Meines Erachtens besteht hier Handlungsbedarf. Deshalb wäre es wichtig, wenn die Regierung diese unbefriedigende Situation anlässlich eines interkantonalen Regierungstreffens thematisieren würde. Es kann ja wirklich nicht sein, dass andere Kantone nicht Hand bieten und keine weiteren Transitplätze für ausländische Fahrende zur Verfügung stellen. Insbesondere, da die Kantone ja in der Pflicht stehen für zusätzliches Platzangebot zu sorgen. In diesem Zusam-

menhang stellt der Bund im dritten Bericht vom Januar 2012 nämlich selbst fest, dass sich die gesamtschweizerische Situation hinsichtlich Stand und Durchgangsplätze für Fahrende in den vergangenen zehn Jahren nicht verbessert hat. Das gibt zu denken. Die Antwort der Regierung auf meine zweite Frage ist für mich nur teilweise befriedigend. Die Regierung verurteilt zurecht den Antiziganismus. Die Regierung ist aber der Auffassung, dass kein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht bezüglich Antiziganismus und das geltende Recht die Rechte der Minderheiten ausreichend schützt. Diese Aussage ist nachvollziehbar. Ich meine aber, dass der Kanton präventiv eine aktivere Rolle einnehmen sollte. Mir fehlen hier präventive Massnahmen seitens des Kantons, wie z.B. im Bereich der verstärkten Aufklärung der Bevölkerung, der Schulung und der Sensibilisierung der verschiedenen Behörden. Antiziganismus ist eine besondere Art von Rassismus und bezieht sich auf Roma und Sinti. Ihnen wird auf vielen Ebenen das Leben, der Lebensalltag erschwert, wie z.B. auf dem Arbeitsmarkt, der Wohnungssuche oder bei den Behörden. Da besteht meines Erachtens noch Handlungsbedarf. Ich bin deshalb der Regierung dankbar, wenn sie in diesem Punkt aktiv wird.

Standespräsident Campell: Danke Frau Grossrätin. Ich habe nur gehört mit der zweiten Frage sind Sie teilweise befriedigt. Mit der ersten Frage?

Bucher-Brini: Zusammengefasst bin ich teilweise befriedigt.

Standespräsident Campell: Gut. Wir haben die Anfrage Bucher behandelt. Wir fahren fort und wir kommen zum nächsten Sachgeschäft Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek für die Kantonsschule sowie Kulturgüterschutzräume für das Amt für Kultur. Präsident dieser Kommission ist Grossrat Kasper. Grossrat Kasper Sie haben das Wort.

Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek für die Kantonsschule sowie Kulturgüterschutzräume für das Amt für Kultur (Botschaften Heft Nr. 4/2014-2015, S. 221)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Kasper; Kommissionspräsident: Der Ergänzungsneubau für die Kantonsschule sowie Kulturschutzräume für das Amt für Kultur. I. Ausgangslage. Nachdem am 16. Mai 2004 das Bündner Stimmvolk die Vorlage Neubau und Sanierung der Kantonsschule Chur deutlich abgelehnt hatte, war der Weg für die baulichen Sanierungsmassnahmen bei der Bündner Kantonsschule vorgeben mit einem gestaffelten erfüllbaren Gesamtprogramm abzuwickeln. Vier Bauetappen im Umfang von 86,4

Millionen wurden abgeschlossen. Noch nicht realisiert ist der im Gesamtkonzept vorgesehene Ergänzungsneubau für die derzeit noch fehlende Mensa und Mediothek. Der im Gesamtprogramm aus dem Jahr 2009 ausgewiesene Ergänzungsneubau beinhaltet eine Mensa, eine Mediothek sowie acht zusätzliche allgemeine Unterrichtszimmer. Angesichts der in den Jahren 2013, 2014 neu erhobenen zu erwartenden Entwicklung der Schülerzahlen und des heute verfügbaren Angebotes an Unterrichtsräumen kann davon ausgegangen werden, dass in den bestehenden Unterrichtsräumen der zukünftige Bedarf gedeckt ist. In der Botschaft ist das auf den Seiten 224 bis 226 beschrieben und in der Tabelle 2 auf Seite 225 aufgezeichnet. Projektwettbewerb. Im ersten Halbjahr 2011 wurde ein offener, anonymer Architekturwettbewerb durchgeführt. Aus diesem Wettbewerb konnten im Juni 2011 35 Projekte von der Wettbewerbsjury beurteilt werden. Leider haben sich aus dem Kanton Graubünden nur sehr wenige Architekten am Wettbewerb beteiligt. Die Regierung erteilte dem Siegerprojekt der Architekten Andreas Senn aus St. Gallen den Auftrag zur Weiterbearbeitung. Das Projekt wurde in der Folge durch den Verzicht auf die Unterrichtsräume und die Standortverschiebung überarbeitet. Das Projekt setzt sich bei dieser Vorlage aus folgenden Teilen zusammen. Ab Seite 248 bis 255 in der Botschaft können Sie meine Ausführungen auch bildlich verfolgen. Die Situation auf Seite 248 zeigt auf, dass das neue Gebäude in die Geländestruktur zwischen dem Freibad Sand und der bergseitigen St. Luzistrasse eingebettet angeordnet ist. Das Gebäude fügt sich sehr gut im Gelände ein und bildet ein harmonischer Baukörper an zentraler Lage. Hier kreuzen sich die Achsenverbindungstreppe Kantonsschule Halde mit der Schulanlage Cleric und zu den Sportanlagen Sand. Nach dem Bezug des Neubaus werden die Provisorien am Münzweg und beim Haus Cleric entfernt. Fassade. Die zwei Stockwerke über Terrain sind durch eine grosszügige Verglasung sehr gut natürlich belichtet. Die Gebäudehülle besteht mehrheitlich aus Beton und Glas. Das Erscheinungsbild der Fassade passt zu den bestehenden Erweiterungsneubauten beim Haus Cleric. Treppenhäuser und Lifte. Zwei Treppenanlagen im rechten und im linken Teil vom Gebäude verbinden alle Stockwerke und sind zugleich auch die Fluchtwege. Die Liftanlage am rechten Teil verbindet das Erdgeschoss mit dem ersten Untergeschoss und dem Obergeschoss. Die Liftanlage im linken Teil kann als Lieferanteneingang bezeichnet werden, verbindet das Erdgeschoss mit dem ersten und zweiten Untergeschoss. Im Obergeschoss auf Seite 251 befindet sich die Mediothek mit den erforderlichen Arbeitsplätzen. Der Raum ist sehr offen gestaltet. Diese offene Raumgestaltung wurde von einzelnen Mitgliedern der Kommission kritisch hinterfragt. Im Weiteren hat es noch zwei Räume für Magazin und Backoffice. Im Erdgeschoss Seite 252 befindet sich die Mensa auf einer Fläche von 900 Quadratmeter mit Platz für 300 Personen. Was bei einer zeitlich gestaffelten Belegung einer Kapazität von 600 Mahlzeiten entspricht. Auf den Seiten gegen die St. Luzistrasse und gegen die Badi Sand ist noch je ein Aussenbereich zum Teil mit Tischen und Stühlen vorgesehen. Die Küche mit Magazineingang ist im rechten Flügel mit dem Lieferantenzugang ab der St.

Luzistrasse. Im ersten Untergeschoss sind die Haus-, Lüftungs- und Kältetechnik sowie Lagerräume, die WC-Anlagen und die Garderoben für die Angestellten. Im zweiten Untergeschoss sind die Kulturgüterschutzräume untergebracht. Noch kurz zu den Kulturgüterschutzräumen. Die Pflicht zur Bereitstellung von Kulturgüterschutzräumen ergibt sich aus den Bestimmungen des Bundes über den Kulturgüterschutz. Im geplanten Neubau sind für die Kulturgüterschutzräume 370 Quadratmeter vorgesehen und für das Staatsarchiv 440 Quadratmeter geplant, was total eine Fläche von 810 Quadratmeter umfasst. Der Bedarf wird in der Tabelle 3 auf die nächsten 20 Jahre mit 1775 Quadratmeter prognostiziert. Wir decken mit dem zusätzlichen Raum knapp die Hälfte vom prognostizierten Bedarf ab. Nun kann man sich berechtigt fragen, warum wird nicht noch ein zusätzliches Untergeschoss gebaut. Dadurch könnte der Bedarf längerfristig gedeckt werden. Das Problem bei einer solchen Lösung sind in erster Linie die hohen Baukosten, die bei diesem Geschoss mit Felsabbau gerechnet werden muss und dadurch für eine solche Nutzung zu hohe Kosten verursachen würde. Das sind meine Ausführungen zum Eintreten.

Monigatti: Sin dalla nascita, la Scuola Cantonale Grigione è sempre stata un punto di riferimento anche per gli studenti provenienti dal Grigioni italiano. Un'istituzione molto importante dal punto di vista formativo, educativo e integrativo, che ha contribuito per più di 200 anni di storia a istruire la nostra gioventù, proveniente da tutte le parti del Cantone. È qui che i nostri giovani si sono conosciuti e hanno stretto amicizie che sono durate per tanti anni e durano ancora oggi all'insegna dell'amicizia, della comprensione, della stima, e non da ultimo, del trilinguismo, portando in tutta la Svizzera l'esperienza di una scuola unica nel suo genere, come del resto lo è il nostro Cantone. Questo spirito e questa filosofia devono continuare anche in futuro. Per far sì che questo avvenga, una scuola si deve però adeguare ai tempi e rinnovare le sue strutture, affinché gli studenti abbiano a usufruire nel migliore dei modi delle opportunità che una scuola al passo con i tempi deve offrire. Già è stato fatto molto, nel quadro del progetto generale, per il risanamento degli edifici. Ma quale ultimo passo manca alla struttura una mensa degna di questo nome e una mediateca moderna. Si parla spesso che i giovani mangino male facendo capo al take away, cibo da asporto, o al junk food, o cibo spazzatura, considerato malsano, a basso valore nutrizionale, e non si offre loro la possibilità di una tavola calda, a base di prodotti sani e genuini. Se non lo si fa, lo studente mangerà panini o affini, e non penserà alla sua salute e alla sua energia indispensabile al buon funzionamento dell'organismo, che lo renderà più efficiente nello studio in generale. Una mensa all'interno della scuola, oltre che simboleggiare maggiore qualità, rappresenta il primo presidio per combattere l'insorgere di malattie e disturbi alimentari sempre più frequenti nella nostra gioventù, e un posto privilegiato per la condivisione del pasto con altri, e un'importante occasione d'incontro tra studenti di tutte le regioni del Cantone. Chi si alimenta correttamente interagisce meglio, in questo caso studia meglio. Il progetto prevede pure una media-

teca. Oggi, al testo multimediale viene attribuita una dignità pari al testo stampato. Si tratta di fonti d'informazione, per finalità di ricerca, studio e di documentazione indispensabili alle esigenze dei nostri studenti. La mediateca offre agli utenti l'accesso a internet e alle fonti documentate elettroniche, digitali e audiovisive, come ulteriore strumento d'informazione rispetto alle fonti tradizionali. Non si tratta dunque di un semplice locale, ma di un luogo spazioso e luminoso, dove il clima di apprendimento, la qualità del lavoro e la creatività degli studenti vengono privilegiati. Non vorrei dimenticare i depositi per i beni culturali altrettanto indispensabili per far fronte a problemi logistici, per la conservazione, la tutela e la valorizzazione del patrimonio documentario. Care colleghe e cari colleghi, sostenete quindi senza indugio il progetto così come illustrato nel messaggio, per una Scuola Cantonale al passo con i tempi, per i nostri studenti e per il nostro Cantone. Nell'ambito culturale, una sfida importante che merita il sostegno convinto di tutti noi, anche perché la necessità di una simile struttura è motivata e giustificata. Sono naturalmente per l'entrata in materia. Grazie

Casty: Als Jury- und Baukommissionsmitglied konnte ich mich über das Projekt intensiv kundig machen und bin überzeugt, dass das eine gute Vorlage ist und entsprechend auch unterstützt werden kann. Was unverstänglich jedoch ist, dass die unmöglichen Synergien mit einer gemeinsamen Planung an der Schnittstelle zur Churer Badi Sand betrieblich nicht genutzt werden konnten. Die daraus entstandenen Planungsmehrkosten für die Umplanung der Wettbewerbsprojekte oder des Wettbewerbsprojektes hätten effizienter für die so oder so anfallenden Sanierungsarbeiten der Wasseraufbereitungsanlage der Badi Sand eingesetzt werden können. Eine einmalige Chance zur Betriebskostenoptimierung wurde damit auch zunichte gemacht. Ich bitte Sie dieser Vorlage zuzustimmen und dem Verpflichtungskredit ebenfalls.

Florin-Caluori: Auch ich durfte mich als Kommissionsmitglied intensiv informieren lassen über diesen Bau, über diese Botschaft und diese Informationen, dieser Bau hat mich überzeugt. Der Bedarf an der Bündner Kantonsschule, eine Mensa mit einer angepassten aktuellen Mediothek für den Schulbetrieb zu bauen ist ausgewiesen und dringend notwendig. Der Stundenplan der heutigen Schülerinnen und Schüler hat sich verdichtet. Die Mittagszeiten sind teilweise kurz. Viele Pendlerinnen und Pendler aus der Umgebung besuchen die Bündner Kantonsschule und eine gesunde und angepasste Verpflegung vor Ort ist unerlässlich. Ebenso hat sich der Stand von Bibliotheken verändert. Die Bibliotheken wandelten sich zu Mediotheken. Das reine Bücherausleihen ist Vergangenheit. Vielmehr sind die neuen Medien gefragt und heute, heute eine nicht mehr wegzudenkende notwendige Dienstleistung und vor allem auch Bestandteil der Ausbildung. Diese neue Ausrichtung von Bibliotheken zu Mediotheken bedarf jedoch auch einer angepassten Betreuung. Ob der ausgewiesene Personalbestand für den neuen Betrieb bedarfsgerecht ermittelt wurde, das wird sich meiner Meinung nach dann in der Betriebsführung zeigen müssen. Geschätzte Kolleginnen

und Kollegen, wenn wir auch wissen, dass ein zentraler Bau an der Halde vor Jahren von Vorteil für den gesamten schulischen und nebensulischen Ablauf gewesen wäre, wir wissen, das Stimmvolk hat diesem Entscheid nicht zugestimmt. So geht uns heute mit der Botschaft des Neubaus der Mensa und Mediothek ein wichtiger Bestandteil der Schulinfrastruktur im Zentrum der Schulanlagen präsentiert. Mit dem Schlussstein, dem Bau der Mensa und Mediothek werden die gesamten Schulanlagen auf einen aktuellen Stand bereit sein. Ich bin auch überzeugt, dass die Bindung der Investitionspauschale für die privaten Mittelschulen an diesem Neubau gerechtfertigt ist. Die Höhe dieser Investitionspauschale werden wir im Mittelschulgesetz noch detailliert beraten. Sind doch die privaten Mittelschulen Teil der Gesamtmittelschulbildung im Kanton Graubünden. Ich bin auch überzeugt, dass dieser Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek für die Kantonsschule sowie Kulturschutzräume für das Amt für Kultur wichtig und richtig ist und ich unterstütze diese Botschaft. Ich bin für Eintreten.

Schneider: Ich möchte hier nochmals ein paar Punkte hervorheben, weshalb wir es in der Kommission als wichtig empfinden, dass dem Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek und den dazugehörigen Kulturgüterschutzräumen zugestimmt wird und das Gesamtprojekt bauliche Sanierung Kantonsschule Chur einen würdigen Abschluss findet. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich vor etwas mehr als vier Jahren noch selber die Kantonsschule besucht habe und es jeden Mittag einen regelrechten Ansturm auf die provisorische Mensa in den Palazzinen gab und aufgrund der beschränkten Kapazitäten nicht jedem eine warme Mahlzeit garantiert war. Und ich kann Ihnen sagen, mit einem leeren Magen hat mir Mathematik und Physik noch viel weniger Spass gemacht. Auch deswegen ist es wichtig, dass die Kantonsschule eine Mensa erhält, welche den Anforderungen in Sachen Kapazität aber auch Qualität entspricht. Zudem wäre die Kanti Chur wahrscheinlich die einzige Mittelschule im Kanton und vielleicht sogar in der Schweiz, welche keine eigene Mensa besitzt. Der Bau der Mediothek ist notwendig, damit den Schülern der Kantonsschule relevante Medien zur Verfügung stehen und sie bei der Beschaffung und Auswertung von Informationen unterstützt werden. Gerade in der heutigen Zeit mit einem immer grösser werdenden Angebot auch über das Internet, ist es zum einen wichtig, dass die Lernenden überhaupt Zugang zu diesen Ressourcen haben und zum anderen, dass ihnen auch durch geschultes Personal gezeigt wird, wie man diese Informationsfülle sinnvoll in den Griff bekommt. Zudem ist die Bibliothek momentan ebenfalls in einem Provisorium untergebracht, welche kaum dem Mittelschulstandard für Bibliotheken entspricht. Dass in diesem Neubau auch noch Kulturgüterschutzräume untergebracht werden können und somit ein grosser Teil des zukünftigen Platzbedarfes abgedeckt wird, zeigt, dass dieser Neubau Mensa, Mediothek auch in dieser Hinsicht eine grosse Chance ist. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus den vorhin genannten und auch weiteren Gründen ist es wichtig, dass dieses Projekt zustande kommt. Zudem können wir hier als

Grosser Rat dem Bündner Stimmvolk ein klares Zeichen aussenden. Bevor es dann aufgrund des obligatorischen Finanzreferendums selber über die Vorlage abstimmt. Daher bitte ich Sie alle hier nochmals dem Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek zuzustimmen.

Caluori: Auch ich möchte Ihnen ein paar Erläuterungen zum Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek sowie Kulturgüterschutzräume näherbringen. Erstens zur Personalfrage der Mensa gibt es folgendes zu berichten. Das Angebot der Mittagessen im Konvikt wird in Zukunft aufgehoben und die bisherigen Mittagslieferungen der Pädagogischen Hochschule ebenfalls. Dadurch wird Personal des Konviktes und ein Teil des Personals der Pädagogischen Hochschule frei, um in der neuen Mensa zu arbeiten. Da aber in der neuen Mensa mit neu 500 bis 600 Mahlzeiten im Gegensatz zu bisher circa 400 bis 450 Mahlzeiten gerechnet werden, sind die neu 175 neuen zusätzlichen Stellenprozente meiner Meinung nach dringend notwendig. Zumal ich die Gastrobranche sehr gut kenne und ich mir zutraue dies abschätzen zu können. Zweitens zur Standortfrage. Aus der Kommission wurde gefragt, wie die Schülerinnen und Schüler der oberen Klassen die mehrheitlich in der Kanti Halde unterrichtet werden in der kurzen Mittagspause den langen Weg in die Mensa zeitlich bewältigen können, um in der neuen Mensa zu essen. Vom Amt für höhere Bildung wurde uns versichert, dass in Zukunft die Stundenpläne der Schülerinnen und Schüler der oberen Klassen dementsprechend angepasst, d.h. die Mittagspausen verlängert würden. Drittens zu den Betriebskosten. Betreffend die Frage der Betriebskosten wurde uns von Seiten des Amtes für höhere Bildung erklärt, dass die Konsumationspreise der Mahlzeiten in der neuen Mensa so gestaltet werden, dass möglichst wenig zusätzliche Betriebskosten für den Kanton anfallen, ohne die Preise für die Schüler stark erhöhen zu müssen. Nur noch etwas zum Votum Casty zu den Synergien Kanton, Stadt Chur. Ich bin auch nicht glücklich, dass es nicht geklappt hat mit der Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Auf die Frage, ob allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt der Restaurationsbetrieb der Badi Sand eventuell auch noch ins Konzept der Mensa Kantonsschule integriert werden könne, wurde uns von Seiten des Hochbauamtes mitgeteilt, dass man dies, falls es von der Stadt Chur gewünscht werde, sehr wohl in Zukunft in Betracht ziehen könne. Sie sehen, wir haben in der Kommission mit allen kantonalen Stellen konstruktive Diskussionen geführt und dies alles zum Wohle unserer Jugend. Ich möchte Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen sehr empfehlen, dem Projekt zuzustimmen, auch um den circa 1100 Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule Chur in Zukunft eine zeitgemässe, dringend notwendige Mensa und Mediothek zur Verfügung zu stellen.

Standespräsident Campell: Weitere Mitglieder der Kommission? Wenn dies nicht der Fall ist, eröffne ich die Diskussion im Plenum und ich erteile das Wort Grossrat Luca Tenchio.

Tenchio: Ich unterstütze natürlich diese Vorlage. Nur ein kleiner Hinweis. Mir ist zu Ohren gekommen und ich

habe es jetzt gerade auch auf dem Internet nachsehen können, die Stundenpläne der Bündner Kantonsschule sind sehr eng gefasst. Also ich sehe hier, dass auch in den tieferen Klassen, erste, zweite, dritte Klasse, oftmals der Stundenplan um 12.00 Uhr am Mittag aufhört und dann um 13.10 Uhr gerade wieder beginnt. Das ist eine sehr kurze Zeitspanne, die es besonders den Churer Schülerinnen und Schülern nicht erlaubt, nach Hause zu gehen, sich dort zu verpflegen. Vor diesem Hintergrund aber auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler Pausen benötigen, um sich ja auszuruhen vom Morgen in den Nachmittag, hoffe ich nicht, dass diese Mensa Ansporn gibt, denjenigen, die die Stundenpläne errichten, die Stundenpläne noch kürzer und noch enger zu schaffen, als sie jetzt schon sind. Mit dem Hinweis, man könne sich ja dann in der Mensa verpflegen. Das nur als Hinweis und Bitte.

Bleiker: Da ich nicht sicher bin, wie die Detailberatung ausschaut, erlaube ich mir eine kleine Frage zu stellen hier und zwar im Anschluss an die Frage von Kollege Caluori. Wenn Sie die Botschaft Seite 242 lesen, steht geschrieben: „Für den Betrieb der neuen Mensa und der Mediothek wird mit Personalkosten von insgesamt 283 000 Franken gerechnet.“ In der vorstehenden Tabelle steht dann aber Total zusätzliche Personalkosten 283 000 Franken. Vielleicht begreife ich das nicht ganz und ich hätte gerne, wenn man mir hier Aufklärung geben könnte.

Standespräsident Campell: Grossrat Bleiker, ich habe mich mit dem Kommissionspräsidenten abgesprochen. Wir werden die Detailberatung gemäss Ziff. 1, also I bis V separat jeden Abschnitt so beraten. Entschuldigung, dass ich das nicht am Anfang erwähnt habe. Ich erteile nun das Wort Robert Heinz.

Heinz: Aus den gleichen Gründen wie Kollege Bleiker spreche ich auch jetzt, dann brauche ich nachher nicht mehr zu sprechen. Es war ja so viel Lob zu hören in diesem Saal, was ich auch schön finde. Bildung ist ja das Wichtigste Gut für unsere Zukunft. Nun erlaube ich mir doch ein, zwei kleine Bemerkungen zu dieser ganzen Vorlage. Also zu der Mensa. Ich habe einfach das Gefühl, das da ist schon ein bisschen mit der grossen Kelle angerichtet worden. Indem wir aber wissen, dass die Schülerzahlen, ist da drin festgehalten, rückläufig sind, ausser es würden dann schlussendlich niemand mehr einen ordentlichen Beruf lernen und alle gehen nur noch in die Schule. Aber das wollen wir ja auch nicht. Dann ist für mich schon auch fraglich in der Nähe der Stadt bauen wir eine Mensa mit 600 Essen täglich, dies ist auch aus meiner Sicht sehr optimistisch. Aber vermutlich hat man da schon so weit gedacht, dass wenn dann einige von uns nicht wissen wo essen, können wir auch oben ein günstiges Mittagessen in dieser Mensa einnehmen. Wenn ich mich zurückerinnere an die Debatte über die „sinergia“ da hat man gesagt, ja wenn wir alle da draussen sind, dann hat die Gastronomie in der Stadt im Zentrum keinen Umsatz mehr, es werde nichts mehr bewegt. Und jetzt plötzlich bauen wir eine Riesenmensa gerade da praktisch im Zentrum der Stadt. Ob denn das

förderlich ist für diese Gastronomie ist ein anderer Fall. Aber es ist doch oft so, es kommt darauf an auf welchem Stuhl man sitzt, dann sieht man das ein bisschen anders. Es wird auch sicher bald einmal so sein. Vielleicht höre das auch ich nur. Die HTW hat auch noch einen grossen Wunsch und ich gehe davon aus, dass er in Erfüllung geht. Das ist der so genannte Campus wünschen die sich ja. Und da wird dann auch noch einiges auf diesem hohen Level auf uns zukommen. Nicht nur im Essensbereich. Auch in anderen Bereichen. Was denn eigentlich für den Kanton auch zu einer sehr angespannten finanziellen Situation werden könnte. Und dann erlauben Sie mir noch ein Wort zur Mediothek. Die Mediothek mit den neuen Arbeitsplätzen darf eine grosse Beachtung geschenkt werden. Nur noch etwas sehr lobenswertes für mich. Sehr lobenswert ist dass das Staatsarchiv in Zusammenhang mit der Erweiterung der Kulturgüterschutzräume Seite 229 auch davon profitieren kann. Vor allem dass man sich in dieser Botschaft offen ausspricht eines Tages das wichtige Archivgut unserer Kreisarchive vom Staatsarchiv zu übernehmen, was für mich sehr positiv tönt. Somit können wir unsere lieben Regionen ein bisschen zurückbinden. Herzlichen Dank den Verantwortlichen für die Weitsicht, die sie in diesem Bericht geschrieben haben. Ich danke Ihnen und bin für Eintreten.

Deplazes: Ich habe drei Fragen an Regierungsrat Caviggli betreffend Bauausführung. Wurde durch das Hochbauamt bei der Planung des Gebäudes auch ein Gebäude aus Holz in Betracht gezogen? Beim Bau von Werkhöfen hat der Kanton vorbildliche Holzbauten realisiert. Beim Projekt „sinergia“ und auch bei der aktuellen Vorlage Mediothek/Mensa gibt es wieder keinen Holzbau, was mich eher sehr enttäuscht. Nach meiner Meinung sollte der Kanton unbedingt Verwaltungs- und Schulgebäude in Holz als Referenzobjekte realisieren. Im alten abgebrochenen Gebäude hatte es Sommerquartiere für Fledermäuse. Wäre es möglich auf dem Gelände der Kantonsschule mit bald drei Gebäuden Sommerquartiere für Fledermäuse zu erstellen? Und zu meiner letzten Frage: Wird das Flachdach des Gebäudes extensiv begrünt? Die Dächer der Gebäude Cleric und des Biologietraktes, das sind heute graue, leblose Kieswüsten. Ein begrüntes Flachdach hätte verschiedene Vorteile. Weniger Probleme mit Wasser. Eine zusätzliche Isolationschicht und eine neue kleine Fläche für die Natur. Mit dem neuen Gebäude wird eine Fläche von rund 1000 Quadratmeter für die Ewigkeit versiegelt. Als kleiner Teilersatz für die überbaute Fläche wäre eine Begrünung des Daches sehr wichtig. Damit würden verschiedene Insekten, Amphibien, Floren und Fauna eine kleine Teilfläche zurückerhalten.

Dudli: Ich bin für den Bau dieser Mensa, für die Mediothek und für die Kulturgüterschutzräume, absolut, es ist notwendig. Aber wenn ich diese Zahl anschau, 27 Millionen Franken, dann ist das ein sehr hoher Betrag. Stellen Sie sich vor, wenn Sie in den Regionen draussen für ihre Mittelschulen Mensen bauen, wie viel können Sie dann ausgeben? Also der Betrag ist für mich zu hoch. Wenn ich die Schutzräume abzähle, was an zusätzlichen Kosten kommt, komme ich etwa auf 23 Millionen Fran-

ken, gut gerechnet. 23 Millionen Franken für diesen Bau. Wieso kommt das? Wir haben des Öfters nun sogenannte Wettbewerbe, Architekturwettbewerbe. Das ist sinnvoll für repräsentative Bauten, die etwas darstellen müssen. Aber für rein funktionale Bauten, da ist es ja kein Preiswettbewerb, dann wird es teuer. Also ich kann Ihnen sagen, diese Mensa, all das mit diesen Räumlichkeiten kann man ganz sicher, könnte man sicher für 20 Millionen Franken bauen. Und das kann ich Ihnen jetzt sagen, als meine ich etwas verstehe davon. Es ist nicht eine Kritik grundsätzlich, dass man das nicht machen soll. Ich werde diesen Antrag unterstützen. Aber wenn wir jetzt immer so bauen, wenn wir diese Pforte da vorne anschauen, 750 000 Franken auch durch Wettbewerb. Also das baut man für 350 000 Franken problemlos. Wenn man den Wettbewerb anschaut Plantahof Aula, was das für Kosten gewesen sind, also hier müssen wir überlegen, wo wir Architekturwettbewerbe machen, wo wir den Kosten nichts mehr gross beitragen können und dann auch Synergieeffekte schlussendlich im Nachhinein nicht mehr möglich sind, weil das grundsätzlich geistiges Eigentum der Planer sind, haben wir keine Möglichkeiten zu optimieren. Das muss man überlegen, dass man bei funktionalen Gebäuden grundsätzlich Preiswettbewerbe macht. Denn das wo nachher meine Kollegin Caluori noch sagt, das sprechen wir vielleicht heute Abend oder sicher morgen. Man redet dann schon vom Mittelschulgesetz, von der Investitionspauschale. Das kommt ja auch wieder dazu oder nicht? Und dann kommt das mit den Regionen. Diese Auseinandersetzung die wir führen müssen zwischen Regionen Zentrum wird dann hier wieder angeheizt. Wenn man hier alles mit der grossen Kelle baut wie mein Kollege rechts von mir sagt und nachher schlussendlich bei der nächsten Diskussion Mittelschulgesetz wieder versucht diese Investitionen grundsätzlich nicht gleich zu verteilen, haben wir ein Problem. Ich werde diesen Antrag unterstützen Herr Schmid, ich habe die gleiche Meinung wie Sie, ich habe auch mit Hunger Mathematik gelernt, aber das sei etwas anderes. Nein, ich werde diesen Antrag unterstützen, so wie er ist. Wir können nicht mehr anders. Aber ich möchte auf den Weg geben, dass wir hier auch anfangen müssen beim Hochbauamt grundsätzlich zuerst wirtschaftlich zu überlegen was wir wollen und dort die Grenze tief setzen, dann bekommen wir auch etwas. Keine Unternehmung, keine Mittelschule in den Regionen kann mit der grossen Kelle eine Mensa bauen. Es ist auch nicht notwendig. Und das hier bekommen wir schlussendlich ein Problem. Das Projekt ist wunderschön, alles tip top, aber diese Bemerkung wollte ich machen. Ich werde dem Antrag Eintreten zustimmen. Ich werde auch den Antrag unterstützen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Wenn diese nicht der Fall ist, erteile ich das Wort dem Regierungspräsidenten. Regierungspräsident Cavigelli Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Cavigelli: Ich möchte vorweg einmal herzlich danken für das doch grossmehrheitlich positive Votum im Rahmen dieser Eintretensdebatte, für die wohlwollende Aufnahme der Botschaft Men-

sa/Mediothek und Kulturgüterschutzräume. Ich denke, man hat grossmehrheitlich unterstrichen, dass der Bedarf ausgewiesen ist für eine Mensa an der Kanti Chur, für eine Mediothek und letztlich auch für die Kulturgüterschutzräume. Ich möchte zwei, drei Aspekte betonen und damit die gefallenen Voten ergänzen. Zum ersten zur Etappierung der baulichen Sanierung der Kanti Chur mit Ergänzungsneubaute. Es ist eigentlich heute der Tag, wo wir ein Versprechen einlösen, dass wir die bauliche Sanierung, die Infrastruktursanierung am Standort Mittelschule in Chur, Bündner Kantonsschule abschliessen wollen. Schon im 2006, der Herr Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen, hat man neue Überlegungen anstellen müssen, damals im Zusammenhang mit der Sanierung der Baute Kanti Halde. Man hat im 2006 nochmals ein Gesamttraumprojekt erstellt, erarbeitet. Man hat damals nochmals eine Bedarfsanalyse erarbeitet, der Raumbedarf erhoben, Nutzungskonzept für den Standort, für den Platz Mittelschule Chur überhaupt. Und man hat dann nachher in Etappen die Sanierung realisiert. Die erste Etappe, Sie wissen es, Kanti Halde, dann das Haus Cleric, schliesslich auch die relativ prominente Fussgängerverbindung zwischen dem Haus Cleric, ehemaliges Lehrerseminar und Kanti Halde. Und es hat und das ist sehr konsequent gewesen in der Vergangenheit schon in jeder einzelnen Botschaft, die wir behandelt haben, immer wieder geheissen, dass man eben in Etappen vorgehen wolle. Ich lese Ihnen kurz vor, was man zur Mediothek geschrieben hat schon im 2006. „Sanierungsziel. Die für die Ausbildung an einer Mittelschule unerlässliche Mediothek ist zu einem späteren Zeitpunkt gut erreichbar an einem zentralen Standort und in ausreichender Grösse neu bereitzustellen.“ Man hat auch schon im 2006 in der ersten Botschaft, wo es um die Sanierung des Platzes Mittelschule Chur gegangen ist für die Mensa geschrieben: „Die Mensa wird ausgelagert und vorläufig in Provisorien untergebracht und danach eben neu auch noch gebaut.“ Heute Oktober 2014 ist es also so weit, dass wir dieses Versprechen und diesen Pfad letztlich fertig begangen haben. Es ist ein Schlussstein, der letzte Stein im Puzzle Sanierung Kanti Chur. Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass dies ein konzeptioneller letzter Schritt ist.

Der zweite Gedanke. Die räumlichen Infrastrukturen. Es ist zum Teil ein bisschen kritisch untermalt worden insbesondere aus dem Avers, ob die Zahlen, die Prognosen Schülerzahlen echt aktuell seien oder vielleicht doch überrissen seien. Ich darf Sie beruhigen. Man hat auch ein Gesamttraumkonzept gemacht gehabt, anno 2005/2006. Man ist damals tatsächlich für den Standort Chur von 1200 bis 1300 Schülerinnen und Schülern ausgegangen, hat aber gewusst und das auch sichtbar gemacht, dass es offene Fragen gibt, dass bildungspolitische Entscheide noch ausstehen. Insbesondere drei, nämlich: Die Frage, ob ein Numerus Clausus eingeführt würde, das wir dann nicht selber zu entscheiden hätten. Zweitens, ob das Untergymnasium abgeschafft würde. Daran kann sich dieser Rat hingegen sehr gut erinnern. Und drittens, ob es ein fünfjähriges Gymnasium gebe. Zwischenzeitlich sind diese bildungspolitischen Entscheide gefällt. Wir wissen, wie sie ausgefallen sind. Insbesondere auch jener betreffend Untergymnasium,

der ist im April 2008 in diesem Rat gefällt worden, nämlich dass wir das UG behalten wollen. Man hat dann schlussendlich nicht nur aufgrund dieser Entscheidung, sondern auch aufgrund anderer Fakten und Veränderungen die Prognose für die Schülerzahlen nochmals überprüft in den Jahren 2011 und 2012. Und man hat dann schlussendlich eine Hochrechnung gemacht, Herr Robert Heinz, dass man etwa für 900 bis 1000 Schülerinnen und Schüler Platz haben müsse an der Kanti Chur, also nicht mehr 1200 und 1300. Mit eingerechnet hat man die demografische Entwicklung. Sie dürfte dann auch noch Thema sein in der Mittelschulgesetzgebungsrevision des Kollegen Martin Jäger. Und es hat auch noch mitgespielt die politische Entscheidung, dass man die sogenannte Maturandenquote erhalten möchte. Nämlich, dass man von den jungen Leuten, die eine Ausbildung machen, etwa 20 Prozent Maturanden haben möchte und etwa 80 Prozent, die eine Berufsausbildung erwerben sollten. An dieser Quote wollte man festhalten und das hat auch weitere Fixpunkte gegeben. Schliesslich ein letztes, vielleicht nicht das Entscheidendste, deshalb auch nur das letzte. Man hat natürlich auch nochmals überprüft, ob jetzt, wo dann die Kanti Halde steht, jetzt wo das Haus Cleric saniert ist, ob man nicht doch noch betrieblich etwas optimieren kann und das war möglich in bescheidenem Umfang. Somit ist also feststehend, dass wir heute Oktober 2014 anders als ursprünglich im 2005 noch wissen, dass wir nur eine Mensa, Mediothek brauchen für die Kanti Chur und dass wir nicht noch zusätzliche, wie man damals davon gesprochen hat, acht weitere, acht zusätzliche Unterrichtszimmer brauchen. Die brauchen wir nicht. Man hat darauf verzichtet. Man hat das auch bei der konkreten Planungsarbeit immer mitberücksichtigt gehabt beispielsweise beim Architekturwettbewerb. Man hat gesagt, man möchte ein etappierbares Projekt. Eine Mensa, Mediothek, allfällig Kulturgüterschutzräume und das zweite Moment allfällig Unterrichtszimmer realisieren können. Heute, Sie wissen es, reden wir von diesen Unterrichtszimmern nicht mehr. Eben weil man eine andere Prognose gemacht hat, eine angepasste im Vergleich zu früher.

Der dritte Punkt ist dann das Moment, das bisher am meisten angesprochen worden ist, dass die Mensa, die Mediothek eine zeitgemässe Infrastruktur darstellt für einen heutigen Mittelschulstandort. Es gibt verschiedene Gründe. Zum Teil ist darauf hingewiesen worden, zum Teil nicht. Ein erster ist einmal das Maturitätsanerkennungsreglement MAR. Das hat dazu geführt, dass man eine viel breitere fachliche Palette an der Mittelschule heute anbieten muss. Somit grundsätzlich hat das natürlich den Druck erhöht, dass man mehr Unterrichtsräume schaffen muss. Es hat aber auch dazu geführt, Luca Tenchio hat darauf hingewiesen, Elita Florin, dass die Stundenpläne haben verdichtet werden müssen, um die bestehende Infrastruktur eben nutzen zu können und um nicht überall dann zusätzliche bauen zu müssen. Es hat auch dazu geführt, auch Grossrat Tenchio und Grossrätin Florin haben darauf hingewiesen, dass die Mittagspausen natürlich verkürzt worden sind und werden. Tatsächlich gibt es auch Erstklässler, Zweitklässler, die eine Mittagspause haben von 12.00 bis 13.10 Uhr. In der Regel sind es vielleicht ein bis zwei Mittagessen pro Woche. Es

gibt aber auch noch einen dritten Grund für eine Mensa, nämlich ein gesellschaftlicher Grund, die heutigen Familienstrukturen. Es ist uns ja bekannt und es ist so, ob man es gut findet oder schlecht, dass wir vermehrt Doppelverdienerehepaare haben, dass diese Personen letztlich auch Arbeitswege haben, nicht die Küche zu Hause, den Familientisch gerade vor der Türe haben, somit nicht in der Lage sind, ein Mittagessen immer wieder subito bereit zu stellen auch für so kurze Pausen wie erwähnt. Somit braucht es alleine von der anderen gesellschaftlichen Einstellung, wie eine Familie heute funktioniert, Mittagstische. Ein wichtiger Aspekt auch für den Kanton. Nur Elita Florin hat darauf hingewiesen, wir möchten natürlich auch, dass unsere Jungen gesund essen. Wir möchten nicht, dass sie fliehen müssen in den Mac Donalds und sich irgendwie mit Mayonnaise und Ketchup verpflegen, sondern dass sie eben ein zeitgemässes gesundes Essen erhalten. Trotzdem hat man nicht übertrieben und man hat auch bereits die nächsten Phasen für den Platz Kantonsschule Chur im Auge. Nämlich die später noch folgende Sanierung des Konviktes. Man wird im Konvikt künftig keine voll etablierte Küche mehr haben, sondern die Internen, sie werden sich über Mittag in der Mensa, Mediothek verpflegen müssen. Es wird auch die Küche sein in der Mensa, Mediothek, die die wesentlichen Sachen zubereitet für die Verpflegung am Abend und das Frühstück im Konvikt. Man wird dort nur eine bescheidene Zubereitküche letztlich zur Verfügung haben. Auch die Gründe für die Mediothek sie sind erwähnt worden, müssen vielleicht noch etwas gewichtet werden aus der Sicht der Regierung. Es ist für uns vielleicht die wir alle etwas älter sind und nur mit wenigen Ausnahmen verstehen, was da wirklich abgeht, noch immer so, dass wir meinen es müssten Bücherregale sein in einer Mediothek oder eben in einer Bibliothek. Der grosse Teil wird heute erwartungsgemäss natürlich audiovisuell erarbeitet. Es braucht vor allem auch elektronische Medien. Die elektronischen Medien sind gewissermassen zum Schulbuch geworden. Man kann nicht mehr einen Unterricht besuchen an einer Mittelschule heute, ohne das zu beherrschen, weil es eben einfach angeboten wird, weil es eben einfach dazu gehört. Und somit muss das auch bereitgestellt werden am Standort in Chur. Selbstverständlich ist eine Mensa, eine Mediothek auch ein Bereich, wo man sich trifft für Gespräche, für Gruppenarbeiten, auch für Selbststudium. Man kann abschliessend sagen, dass die Mensa, Mediothek auch ein weiterer Schlussstein ist und gewissermassen die Schlüsselrolle übernimmt für das Lernen für die Wissensvermittlung, aber eben auch als Gemeinschaftsraum.

Ein letzter Punkt. Die Frage der Synergien, vor allem darauf hingewiesen worden von Ernst Casty, ob es Synergiemöglichkeiten gäbe zwischen dem Gebäude Mensa, Mediothek, Kulturgüterschutzraum einerseits und Freibad Sand andererseits. Man hat ursprünglich, Sie wissen es alle, die Vision gehabt, bei der Stadt beim Kanton, dass man doch, weil man da in der Nähe baut und beides Mal öffentliche Hand ist, dass man von diesen Möglichkeiten, von Synergien profitieren könnte sollte. Eine gemeinsame Nutzung zum Teil der Liegewiese war angedacht, eine gemeinsame Nutzung war angedacht für die Badenden in der Mensa und von der

Stadt Chur war auch angedacht, dass man vielleicht auch die Badetechnikfrage, die Erneuerung angehen könnte und vielleicht die sogar baulich, räumlich dann im Gebäude der Mensa, Mediothek unterbringen könnte. Das hat dann aber, nachdem man diese Visionen, diese Wünsche formuliert hat auch aufgezeigt, dass damit Herausforderungen verbunden sind. Ich würde mal meinen vor allem zwei. Man hat festgestellt, dass man die planungsrechtlichen Grundlagen der Stadt anpassen müsste. Man müsste den generellen Gestaltungsplan anpassen, am einfachsten vielleicht realisierbar, so hat man gefunden bei der Stadt, beim ARE, beim Hochbauamt, mit einem Arealplanverfahren und es hätte als Zweites auch einen Landabtausch natürlich gebraucht. Man hat dann festgestellt im Weiteren, dass insbesondere die Realisierung eines für die Stadt akzeptablen Arealplans ein schwieriges Unterfangen war. Wir haben dreimal versucht, einen Arealplan zu erstellen, der dann letztlich alle verschiedenen Bedürfnisse hätte abdecken können. Das ist leider nicht gelungen. Und das aus diesem Grund, da muss Heinz Dudli gut aufpassen: Man hat dann bei der Stadt, nach unserer Auffassung zu Recht, erkannt, dass der Ort Mensa, Mediothek eigentlich ein sensibler Ort ist. Es ist ein Ort eben neben dieser wertvollen alten Badeanstalt, ein Ort in dieser schönen Lage mit dem Rebberg, mit der Kathedrale dahinter, wo man irgendwie dann sensibel architekturmassig arbeiten sollte und letztlich dann auch noch sogar noch vom Natur- und Heimatschutz geltend gemacht worden, Rücksicht nehmen sollte auf die Intimität, die bisher möglich war in der alten Badi Sand und dass man die dann nicht allzu arg strapazieren sollte, nur weil man Synergien entwickeln wollte. Konkret die Arealplanung war äusserst anspruchsvoll letztlich eben nicht realisierbar und es hat einen zweiten Grund gegeben, der für uns entscheidend war, um vorläufig einmal die Synergie Seite auf die Seite zu legen. Die Stadt Chur hätte auch rund vier Millionen Franken aufbringen müssen, um die Infrastruktur Badetechnik finanzieren zu können. Es ist uns mitgeteilt worden, dass dieser finanzrechtliche Beschluss unter Umständen auch die Zustimmung der Churer Stadtbevölkerung gebraucht hätte und wir sahen darin ein gewisses Risiko, dass wir uns in die Abhängigkeit des Votums der Stadt Chur begeben, um dann dieses riesige Vorhaben bauliche Sanierung Kanti Chur in die Hände gewissermassen der Churer Stimmbevölkerung zu legen wegen einer Badetechnik für die Badi Sand. Bei aller Bedeutung dieser Badi haben wir dann aber trotzdem schlussendlich dieses Risiko nicht gesucht und somit die Synergiemöglichkeit nicht heute realisieren wollen, sondern uns bereit erklärt, später diese Synergien prüfen zu wollen, offen zu sein. Und es wird auch immer Wege geben, so lange beide Parteien wie bisher eine Synergie suchen.

Zu den einzelnen Voten. Ich habe noch eine Pendeuz, wenn ich davon ausgehe, dass das was ich gesagt habe in Teilen auch eine Antwort war auf Bemerkungen von Franz Sepp Caluori. Er sagt die 175 Stellenprozente, diese zusätzlichen, seien unter Umständen unnötig. Damit liegt er eigentlich auf Kurs der Regierung. Wir haben uns natürlich nicht binden wollen, Stand heute, wie viel Personal man dann tatsächlich für den Betrieb einsetzen will. Man möchte zuerst einmal Erfahrungen machen

und mit dem bisherigen Personal im Departement Jäger arbeiten und haben auch in der Botschaft geschrieben unter Seite 242, dass wir allfällig dann personelle Ressourcen in erster Linie über interne Verschiebungen bereitstellen wollen. Es ist uns ein Anliegen hier nicht über den Strang zu hauen. Es freut mich im Übrigen, dies als Nebenbemerkung, dass auch Restaurateur, Cafetier Franz Sepp Caluori grundsätzlich es sehr befürwortet, dass man ein eigenes Verpflegungsangebot für die Kinder und Jugendlichen an der Kanti realisieren können soll. Die Frage von Robert Heinz meine ich habe ich beantwortet. Wir gehen von ganz anderen Schülerzahlen aus, als ursprünglich. Wir gehen davon aus allerdings auch, das noch als Antwort an Robert Heinz, dass die heutige Anzahl Menüs tatsächlich erhöht werden kann auf 600 Einheiten, konkret zwei Belegungen pro Tisch und Stuhl. Und wir werden einmal schauen, ob sich das realisieren wird. Wir gehen davon aus, dass dem so sein wird. Ich verdanke natürlich die positive Aufnahme der Kulturgüterschutzräume. Die Frage von Heinz Dudli, respektive die Kritik habe ich so natürlich gehört und es ist tatsächlich immer wieder die Frage, die man als zuständiger Departementsvorsteher stellen muss, ist das immer notwendig. Muss eine Umfahrung tatsächlich immer 27 Millionen Franken, muss eine Brücke, Ernst Casty, immer 60 Millionen Franken kosten, muss eine Mensa/Mediothek 23 Millionen Franken kosten? Diese Frage ist sich jeder, der im Umfeld von Bauen und somit von Grossinvestitionen zu tun hat, gewohnt. Und wir haben versucht aufzuzeigen in der Botschaft, dass wir mit Massenausügen natürlich auch Plausibilisierungen gemacht haben. Wir haben Kostenermittlungen gemacht, wir haben Vergleiche gemacht mit anderen Objekten. Es ist aber nicht zu verhehlen, dass die kantonalen Bauten im Durchschnitt natürlich im Vergleich vielleicht auch zu einer Baute eines privaten Unternehmers tendenziell vielleicht etwas teurer sind, weil man den Standard darauf auslegt, dass er langfristig hinhalten soll und man viel Gewicht auch auf günstige Betriebs- und Unterhaltskosten legt und schlussendlich sich da und dort auch einmal etwas leistet. Zum Beispiel Minergie-P-Eco. Wir bauen mit dem höchsten Minergiestandard, ein Passivhaus, zudem nach ökologischen Standorten und das führt mich auch zur Fragebeantwortung von Herrn Deplazes Beat. Er fragt, weshalb wir nicht ökologische Holzrohmaterialien vorgeschrieben haben für die Realisierung dieses Werkes. Wir haben einfach gesagt, wir wollen grundsätzlich ein ökologisch sinnvolles, ein Minergie-P-Eco-Gebäude realisieren und wollten darum den Architekten, die am Wettbewerb teilgenommen haben, keine Materialisierungsvorgaben schon machen im Rahmen des Wettbewerbs. Es musste einfach ein architektonisch hochwertiges, ein wirtschaftliches Projekt sein, ein sensibles Projekt, das eben auch in die Umgebung passt Grossrat Dudli und das natürlich so städtebaulich eben auch voll überzeugen kann, dass es bewilligungsfähig ist. Es ist die Frage gestellt worden, ob man Fledermäuse festgestellt hat am Münzweg beim alten Gebäude, ehemalige Rudolf Steiner Schule. Man hat keine Fledermäuse gefunden nach unserer Feststellung und insofern haben wir uns jetzt nicht gerade unter Druck gesehen, hier für Kompensation sorgen zu müssen. Man muss

allerdings wissen, dass wir das Dach auch nicht begründen, sondern mit einer Fotovoltaikanlage belegen, also Sonnenenergie, Sonnenstrom produzieren. Mit der Anlage werden wir ungefähr 40 Prozent des Bedarfs des Mensa- und Mediothekgebäudes selber abdecken können. Ich hoffe auf die Fragen einigermaßen eingegangen zu sein. Sonst würde ich das in einer zweiten Runde tun und danke für die positive Aufnahme.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Wenn nicht, habe ich festgestellt, dass Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen. Wir gehen über zur Detailberatung und wie ich Ihnen schon gesagt habe, werden wir gemäss Artikel respektive nach Ziffern I. bis V. gehen und ich beginne mit I. Das Wort hat der Kommissionspräsident.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung

1. Das Projekt Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek für die Kantonsschule sowie Kulturgüterschutzräume für das Amt für Kultur am Münzweg in Chur wird genehmigt.
2. Für die Ausführung des Projekts Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek für die Kantonsschule sowie Kulturgüterschutzräume für das Amt für Kultur am Münzweg in Chur (auf Parzellen Nr. 2794, 2799, 2800, 2802, 2803, 2804, 2807 und 4345) wird ein Verpflichtungskredit von brutto 27 Millionen Franken (Kostenstand Oktober 2013) gewährt. Bei einer Änderung dieses Baukostenindexes verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend.
3. Die Regierung wird ermächtigt, bauliche Änderungen im bewilligten Kreditrahmen vorzunehmen, wenn sich dies aus betrieblichen, pädagogischen, architektonischen oder wirtschaftlichen Gründen aufdrängt.
4. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht gestützt auf Art. 16 Ziff. 4 der Kantonsverfassung dem obligatorischen Finanzreferendum.
5. Die Regierung vollzieht diese Beschlüsse.

Kasper; Kommissionspräsident: Zu I. habe ich keine Bemerkungen.

Standespräsident Campell: Diskussion? Herr Regierungsrat? II.

Kasper; Kommissionspräsident: Der Bedarf ist umfassend dargelegt und ausgewiesen worden. Auf unnötigen Bauten wie zusätzliche Schulzimmer wird verzichtet. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt der Bedarf steigen und ausgewiesen sein, ist auf Parzelle 2828, das ist die Parzelle, wo heute das Provisorium der Mensa steht eine Baulandreserve vorhanden. Dieses Land sollte für mögliche Erweiterungen der Kantonsschule reserviert bleiben.

Steiger: Mit dem Bauland ist sparsam umzugehen. So steht es in der Botschaft. Auf dem Dach ist Bauland für Erweiterungen denkbar. Meine Frage: Ist die Statik so bemessen, dass in späteren Jahren eine Aufstockung des Gebäudes ohne unnötige Unkosten möglich ist? Wenn nein, bitte ich die Regierung, die notwendigen Statikanpassungen vorzunehmen oder zu veranlassen.

Widmer-Spreiter: Der Standort, da wo heute die Palazzi stehen, wird nach dem gesamten Umbau frei. Was denkt die Regierung mit dieser Bauparzelle zu unternehmen? Besteht die Möglichkeit, die frei werdende Fläche der Stadt Chur zur Verfügung zu stellen, um dringend notwendige Turnhallen zu erstellen?

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Wenn dies nicht so ist, erteile ich das Wort Regierungspräsident Cavigelli.

Regierungspräsident Cavigelli: Wir haben, geschätzte Anwesende, die Frage geprüft, ob wir grundsätzlich ein Gebäude wollen, das man aufstocken kann oder ob wir das nicht wollen. Wir haben die Entscheidung eigentlich recht früh getroffen, dass wir schon beim Wettbewerb gesagt haben, dass eine Eingabe den Ausschreibungen nicht genügt, wenn die Erweiterung, die zweite Etappe gewissermassen nur darin besteht, dass man das bestehende Gebäude aufstockt. Und zwar haben wir das deshalb so vorgegeben, weil Aufstockungen von bestehenden Gebäuden in aller Regel erstens einmal technisch anspruchsvoll und zweitens auch in aller Regel teuer sind. Man muss sich das so vorstellen, dass man natürlich Leitungskanäle hat, man hat verschiedene Vorrichtungen. Am besten kann man sich auch vorstellen einen Lift z.B. oder Entlüftungsrohre. Es sind so Kleinigkeiten, die man vielleicht äusserlich nicht so leicht wahrnimmt, die dann, wenn man sie verschieben muss, schnell zu extremen Teuerungen führen und man sich einfach dann in der Regel nicht darauf versteift, an einer Aufstockung als primäre Lösung festhalten zu wollen. Konkret, wir haben das eigentlich bisher grundsätzlich sogar hier ausgeschlossen. Wir wollten es nicht, uns offen lassen. Für die zweite Etappe, falls es eine solche gegeben hätte, hätten wir eben einen anderen Raum zur Verfügung gestellt haben wollen im Gebiet des Hauses Cleric und nicht auf dem Dach.

Zur Frage von Frau Martha Widmer: Die Parzellen, die Grundstücksflächen, wo die Palazzini heute stehen, sie werden auf längere Frist einmal Baulandreserve bleiben für den Kanton Graubünden. Sie sind natürlich an idealer Lage für jeden Bauherr. Das ist mir sehr leicht verständlich. Wir haben auch entsprechende Fragen bereits bekommen von Seiten des Stadtrats Chur, ob man hier vielleicht etwas realisieren wolle, vielleicht sogar gemeinsam, vielleicht auch den Boden überlassen. Wir haben uns dann aber darauf verständigt, dass wir die Weiterentwicklung im sportlichen Bereich an jenem Ort suchen wollen, wo wir heute schon Sportanlagen haben im Sand. Und es gibt dort durchaus Entwicklungspotenzial, auch räumlich, auch grundstücksmässig. Ich möchte das hier, weil es nicht spruchreif ist, nicht weiter ausführen. Wir haben aber der Stadt in Aussicht gestellt, dass

wir wenn wir weitere Schritte unternehmen an diesem Ort mit der Stadt in Kontakt bleiben, um dort allfällig in diesem Punkt auch Synergien anzustreben. Das Gespräch ist in diesem Punkt angestossen worden, eben vom gesamten Stadtrat, vom Stadtpräsidenten ebenso wie vom Zuständigen für die Hochbauten und von der Zuständigen für das Ausbildungswesen.

Standespräsident Campell: Grossrat Tenchio wünscht nicht das Wort. Weitere Wortmeldungen? Zu II? Wenn dies nicht der Fall ist, gehen wir zu III. Herr Kommissionspräsident.

Kasper; Kommissionspräsident: III. Betriebliche Aspekte. Bei den betrieblichen Aspekten möchte ich auf die Mensa kurz eingehen. Bedingt durch die gesellschaftliche Veränderung und die kürzeren Mittagspausen wird die Verpflegung während den Mittagspausen eine immer wichtigere Rolle spielen. Die Schülerinnen und Schüler, welche im Konvikt wohnen, werden künftig das Mittagessen auch in der neuen Mensa einnehmen. Für die zu erwartende Zahl von Mittagessen von bis zu 600 ist es zwingend notwendig, eine geeignete zeitgemässe Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitsabläufe können in einem solchen modernen Betrieb selbstverständlich optimiert und dadurch eine top Qualität zu vernünftigen Preisen angeboten werden. Die Mediothek hat sich auch dem Wandel der Zeit zu stellen und dies bedeutet vom Wandel der Wissensvermittlung vom Papier zu den elektronischen Medien. Diesen Umstand wird mit der neuen Mediothek Rechnung getragen. Hierfür sind genügend ausgerüstete Arbeitsplätze erforderlich. Die Mediothek ist zudem auch ein Ort der Begegnung, des Meinungsaustausches und des gemeinsamen Lernen. Dieser Anforderung wird die Mediothek im Grossen und Ganzen gerecht.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zu III? Grossrat Kollegger Andy.

Kollegger: Ich knüpfe an das Votum unseres Kommissionspräsidenten, der die Nutzung der Mediothek genannt hat. Ich spreche zu Ziff. 2 der Botschaft auf Seite 231. Gemäss diesen Ausführungen in der Botschaft soll die Mediothek ein Raum sein, wie wir es gehört haben, mit Platz für Regale und für ruhiges ungestörtes Lesen und Arbeiten. Gleichzeitig soll die Mediothek aber auch ein Ort der Begegnung und des Meinungsaustausches sein, wo attraktive Bereiche zu Gesprächen in Gruppen animieren. Und das ist in meiner Optik ein enormer Widerspruch. Denn diese beiden Nutzungen, die vertragen sich in keinster Weise und bauliche Massnahmen zur Trennung dieser beiden sich diametral widersprechenden Nutzungen sind nicht vorgesehen und auch nicht budgetiert. Daher gilt es sich auch für eine Nutzung zu entscheiden. Ist es ein Ort der Ruhe, wo man ungestört lernen kann, Wissensbeschaffung oder ist es ein Ort, wo ausgetauscht werden kann. Wie es der Titel dieses Kapitels sagt, sind das betriebliche Aspekte und daher ist eine politische Einflussnahme auch vermutlich nicht sehr opportun. Hingegen sei mir ein Wunsch erlaubt und einen solchen möchte ich, was diese Nutzung angeht

deponieren. Aus meiner eigenen Erfahrung als Student weiss ich, dass öffentliche Arbeitsplätze für ruhiges und ungestörtes Arbeiten rar sind. Sorgen Sie bitte dafür, dass die Plätze in der Mediothek genau für dieses konzentrierte Lernen bereit stehen. Die Mensa bietet ausserhalb der Essenszeiten genügend Raum für Meinungsaustausch, Gruppenarbeiten und Begegnungen. Ich möchte wirklich eine Bibliothek oder wie es heute heisst eine Mediothek und keine Discotheke. Dann zu den Stellen bei der Mediothek. Sieht Ratskollege Franz Sepp Caluori beim Betrieb der Mensa eher eine knappe personelle Dotierung, sehe ich beim Betrieb der Mediothek genau das Umgekehrte. Die neue Mediothek verlangt eine Stellenaufstockung von bisher 120 auf neu 300 Stellenprozent. In Anbetracht der Tatsache, dass bereits jetzt eine Mediothek betrieben wird und auch in Anbetracht der Tatsache, dass das klassische Buch eher ein Auslaufmodell ist und die Informationsbeschaffung elektronisch und via bestehende Wissensplattformen von statten geht, erscheint mir das persönlich eine massive Steigerung. Heute hat bald jede Institution eine Mediothek und per Zufall sah ich heute im Hotel Chur, wo wir die Fraktionssitzung abgehalten hatten, beim Gang auf die Toilette sogar eine kirchliche Mediothek im Keller des Hotels Chur. Es gilt diese Mediotheken zu vernetzen, Synergien zu nutzen und nicht Doppelspurigkeiten zu schaffen. Ich möchte die Regierung daher an das von ihr selbst in der Botschaft auf Seite 242 abgegebene Versprechen behaften, wonach die zusätzlich notwendigen personellen Ressourcen in erster Linie über Verschiebungen sichergestellt werden sollen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen zu III? Herr Regierungspräsident.

Regierungspräsident Cavigelli: Zu den beiden Aspekten von Andy Kollegger. Wir sind uns bewusst, dass auf engstem Raum beide Nutzungen natürlich schwierig zu erfüllen sind, ruhiges Arbeiten, Lernen und auf der anderen Seite Gruppenarbeit, Meinungsaustausch. Es ist angedacht, natürlich dass wir dieser schwierigen Aufgabe natürlich entsprechende Aufmerksamkeit schenken. Und wir müssen ja letztlich, wenn wir an den Ausbau und an die Detailplanung gehen das jeweils in Begleitung der Nutzerinnen und Nutzer machen. Es ist nicht so, dass wir die Mediothek via Techniker dann einfach einmal planen und dann erstellen und dann den Nutzern übergeben, um zu schauen ob es funktioniert. Aber wir nehmen das natürlich auf, dass man hier besonders sensibel sein soll. Was die internen Stellenverschiebungen angeht, das hat Martin Jäger bereits schon zweimal gehört und ich nehme an, dass er es nicht vergessen wird.

Kasper; Kommissionspräsident: Zu IV. Projektierung. Das Gebäude wird den Minergie-P-Eco-Standard erfüllen. Auf dem Dach ist eine Fotovoltaikanlage mit rund 38 Kilowatt Leistung und einem jährlichen Stromertrag von 38 000 Kilowattstunden vorgesehen. Das entspricht dem Stromverbrauch von circa acht Haushalten. Die Anlage deckt circa 40 Prozent des jährlichen Energiebedarfs des Gebäudes. Und da ist einfach zu sagen, da ist

natürlich eine Begrünung vom Dach und ein Mähen schwierig zwischen der Anlage. Nur so nebenbei. Also das Begrünen vom Dach wird natürlich verunmöglicht, wenn man diese Anlage baut.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Gehen wir über zu V. Kostenberechnung und Finanzierung. Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort:

Kasper; Kommissionspräsident: V. Die Ergänzungsneubauten im Raum Plessur sind seit Beginn der Sanierung für die Kantonsschule im Jahr 2005 vorgesehen und im Finanzplan enthalten. Indexiert auf den 1. Oktober 2013 ergibt das einen Betrag von 27,7 Millionen Franken. Für die Mensa und die Mediothek belaufen sich die Baukosten auf 23,5 Millionen Franken. Die Differenz entspricht den Kosten von acht Unterrichtsräumen. Die Kostenberechnung wurde auf teilweise detailliert erfassten Massenauszügen ermittelt. Haustechnik, Kücheneinrichtungen und Mobiliar wurden im Vergleich mit ähnlichen, bereits abgerechneten Bauten berechnet. Ebenfalls in den Investitionskosten enthalten sind die Kosten für die Anpassungen und die Neugestaltung der Umgebung entlang vom Münzweg und um den Neubau. In der Tabelle fünf sind einfach die Marktwerte, Buchwert per 31.12.2013, enthalten. In der Tabelle vier, Zusammenstellung unter PKP null, sind die Grundstücke mit 2'170'000 Franken aufgeführt. In dieser Position sind die Kosten für die Vermessung sowie geotechnische Gutachten zusätzlich enthalten. In der Spalte der Tabelle vier sind die Kosten nach PKP null bis neun für die Mensa und Mediothek im Umfang von 23,5 Millionen Franken ausgewiesen. In der zweiten Spalte der Tabelle vier sind die Kosten für die Kulturgüterschutzräume im Betrag von 3,5 Millionen Franken ausgewiesen. Das ergibt ein Total Baukosten nach Baukostenplan von 27 Millionen Franken. Aufgrund des Ergänzungsneubaues gegenüber dem heutigen Stand ist mit zusätzlichen Betriebs- und Unterhaltskosten zu rechnen. Die jährlichen Betriebskosten sind in der Tabelle sechs ersichtlich. Die Instandhaltungskosten sind bei der Mensa, Mediothek mit 0,8 Prozent und bei den Kulturgüterschutzräumen mit 0,4 Prozent berechnet worden. Total belaufen sich die Betriebs- und Personalkosten auf jährlich 605'000 Franken. Die zusätzlich notwendigen personellen Ressourcen sind deshalb in erster Linie über interne Verschiebungen bereit zu stellen. Allfällig notwendige Stellenschaffungen wird die Regierung im morgendlichen Verfahren prüfen und vornehmen. In der Tabelle sieben auf Seite 243 haben sich zwei Fehler eingeschlichen. Kalkulatorische Kapitalkosten bei den Kulturgütern 52'000 Franken anstelle von 11'000 Franken, Betriebskosten 37'000 Franken anstelle von 50'000 Franken. Das ergibt im Total kalkulatorische Nutzungskosten von 1'484'000 Franken.

Standespräsident Campell: Herr Regierungsrat, wünschen Sie das Wort?

Regierungspräsident Cavigelli: Nein, danke.

Standespräsident Campell: Gut. Wir hätten somit die Detailberatung durchberaten. Will jemand noch auf etwas zurückkommen? Grossrat Kollegger, Sie haben das Wort.

Kollegger: Kein Zurückkommen, sondern ein Anknüpfen an römisch V. Kostenrechnung und Finanzierung. Offenbar hat vorher der Knopf hier nicht ganz funktioniert. Vielleicht lag es auch an den etwas schwitzbenästen oder schweissbenetzten Fingern. Auf jeden Fall, jetzt hat es getan und ich möchte nochmals das Thema Kosten kurz aufnehmen. Ich habe vor dieser heutigen Session mit verschiedenen Leuten des Rates bilateral über dieses Vorhaben gesprochen und es war unisono die Meinung, es ist ein hoher, ein sehr hoher Betrag, der hier investiert wird und Heinz Dudli hat es vorhin in der Eintretensdebatte auf den Punkt gebracht. Ich möchte das auch nicht wiederholen. Aber in Anbetracht der sich verschlechternden Kantonsfinanzen und dem dauernd in der Luft sich schwingenden Finger unserer Finanzministerin, schaut auf das Geld, schaut, dass ihr nicht mehr ausgibt als unbedingt nötig, wäre es wirklich wünschenswert, wenn der Kanton selber beim Bestreben, diese negative Finanzentwicklung abzufangen, mit gutem Beispiel vorangehen würde. Diese Motivation, dieses Bestreben ist nicht erkennbar. Und ich hoffe wirklich, dass beim nächsten Projekt das der Fall ist, wenn ich in einer Vorberatungskommission sein sollte und diesen Willen nicht erkennen würde, würde ich tatsächlich einmal für Nichteintreten plädieren, weil sonst werden die Voten immer kritisch abgegeben oder hier nicht einmal aus den Reihen, einzig Grossrat Dudli hat sich negativ dazu geäußert. Die meisten von uns haben das wahrscheinlich gedacht, was er gesagt hat. Aber es geht einfach so weiter und das kann es nicht sein. Immerhin positiv anzumerken gibt es zwei Dinge: Sollten wir einmal eine Leistungs- und Aufgabenüberprüfung machen müssen, dann wüssten wir, wo wir den Hebel ansetzen könnten. Und zum Zweiten ist positiv anzumerken, dass kein GU, also kein Generalunternehmer mit den Aufträgen betreut werden soll, sondern dass die Aufträge als Einzelaufträge, so dass Submissionsgesetz denn will, möglichst in der Region vergeben werden können. An dieser Stelle einmal mehr der Wunsch, man möge von dem im Submissionsgesetz vorgesehenen Spielraum zugunsten des heimischen Gewerbes wirklich Gebrauch machen und diesen Spielraum vollumfänglich ausnützen.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Herr Regierungsrat? Sie haben das Wort.

Regierungspräsident Cavigelli: Ich weiss nicht, ob ich immer nichts sagen kann, jetzt sage ich einfach etwas. Der Wunsch, dass wir einheimisches Gewerbe berücksichtigen, den höre ich sehr wohl und das ist ganz fest auch unser eigenes Anliegen. Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir eine Quote von Vergaben an einheimische Unternehmen haben, die deutlich über 90 Prozent liegt, auf der Basis sämtlicher Arbeitsvergaben, die in sämtlichen Departementen gemacht werden und dass es nicht möglich sein wird, je 100 Prozent der Vergaben im Kanton Graubünden zu platzieren, weil im Kanton

Graubünden nicht Firmen ansässig sind, die letztlich auch alle Dienstleistungen erfüllen können. Wir müssen also zum Teil auch ausserkantonale einkaufen. Die zweite Bemerkung: Ein Einzelleistungsverfahren, wie wir es das da vorsehen für die Mensa und Mediothek denken wir ist hier die richtige Vorgehensweise, es gibt aber auch zu bedenken, dass es Fälle durchaus gibt, die sich lohnen im TU- oder im Generalunternehmerverfahren zu vergeben, insbesondere dann, wenn Vorhaben mit gewissen Risiken behaftet sind, die wir zum Voraus nicht mit hinreichender Sicherheit einschätzen können. Und wir hatten solche Risiken z.B. so eingeschätzt für die Sanierung des Hauses Cleric, dort einen Gesamtleistungsvertrag abgeschlossen und vielleicht ist das Ihnen zu Ohr gekommen, dass sich das in diesem Fall dort für den Kanton sehr gelohnt hat, mehr möchte ich dazu nicht ausführen. Es ist also immer wieder zu unterscheiden, ob es da oder dort im konkreten Fall eben angebracht ist, TU oder GÜ-Lösungen zu wählen oder eben Einzelleistungsverfahren. Was die Kosten anbelangt, ich kann nur zusichern und bestätigen, dass es uns ein Anliegen ist, letztlich so zu investieren, dass es sinnvoll ist und der Nutzen sich auch rechtfertigt, den wir damit dann erzielen. Wir werden weitere Chancen haben, wo wir mit Sicherheit nicht die gleichen städtebaulichen Anforderungen erfüllen müssen, wie jetzt hier mit der Mensa und Mediothek, z.B. für das Verwaltungszentrum „sinergia“. Beispielsweise für das Erstaufnahmезentrum für Asylsuchende und so weiter, es gibt verschiedene Möglichkeiten, wo man belegen kann, auch von Seiten des zuständigen Baudepartements und Hochbauamts, dass man immer, nicht immer den höchsten Standard realisieren möchte.

Standespräsident Campell: Weitere Wortmeldungen? Wenn dies nicht der Fall ist, kämen wir zur Abstimmung und da ich aus der Diskussion nicht feststellen konnte, dass grosse Opposition zu diesem Vorhaben besteht, frage ich Sie an, ob Sie einverstanden sind, dass wir über die fünf Anträge in Globo abstimmen können. Ist jemand dagegen? Ich stelle fest, dass dies nicht der Fall ist, somit machen wir das in Globo. Wer bereit ist, diesen Anträgen zuzustimmen, soll die Taste Plus, wer dagegen ist die Taste Minus und wer sich von der Stimme enthalten will, die Taste Null drücken. Die Abstimmung läuft jetzt. Wir haben mit 108 zu 0 Stimmen, mit 2 Enthaltungen dem Ergänzungsbau Mensa und Mediothek für die Kantonschule sowie Kulturgüterschutzräume für das Amt für Kultur, zugestimmt. Ich erteile nun das Wort dem Kommissionspräsidenten Grossrat Kasper Christian.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen 1 – 5 der Kommission und Regierung in globo mit 108 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Kasper; Kommissionspräsident: Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei Regierungspräsident Mario Cavigelli, Kantonsbaumeister Markus Dünner, Amtsleiter Höhere Bildung, Hans Peter Märchy, dem juristischen Berater Herr Nigg, dem Projektleiter Hochbau Herr Grischott, sowie den Mitgliedern der Ad-hoc-Kommission für die angenehme und effiziente Zusammenarbeit danken. Danke.

Standespräsident Campell: Danke dem Kommissionspräsidenten. Wenn ich jetzt auf die Uhr schaue, sehe ich, dass es 17.45 Uhr ist und ich gehe davon aus, dass die Eintretensdebatte für die Revision des Mittelschulgesetzes länger dauert und damit entscheide ich, dass wir jetzt Feierabend machen. Es sind keine Aufträge und Anfragen eingegangen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen früh, 08.15 Uhr.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Duri Campell

Der Protokollführer: Domenic Gross